

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Erscheint 12mal wöchentlich.
Das Ausland:
Unter Kreuzband 18 A vierteljährlich,
Bezugspreis:
Abholer monatlich 70 A, vierteljährlich 2.10 A
Durch Träger und Agenturen:
Monatlich 80 A, vierteljährlich 2.40 A
frei ins Haus.
Durch die Post: Monatlich 1 A,
vierteljährlich 3 A (ohne Bestellgebühr).

Mittelrheinische Zeitung.
Verlag und Redaktion: Nikolastraße 11. Filiale: Mauritiusstraße 12.

Anzeigenpreise:
Die Kolonietabelle in Wiesbaden 20 A,
Deutschland 20 A, Ausland 40 A,
Die Restantabelle 1.50 A.
Anzeigenannahme:
Für Abendausgabe bis 1 Uhr mittags,
Morgenausgabe bis 7 Uhr abends.
Anzeigenpreise:
Anserate und Abonnement: Nr. 129,
Redaktion: Nr. 128; Verlag: Nr. 219.

145 Morgen-Ausgabe.

Freitag, 20. März 1914.

68. Jahrgang.

4 Jahre Wiesbadener Kommunal-Entwicklung.

Große Etatsrede des Oberbürgermeisters Gläffing. — Ein 23 $\frac{1}{2}$ Millionen-Etat. — Erfreuliche Wirkungen des „Generalpardons“. — Verteidigung der Hundertprozentpolitik. — Wiesbaden vernachlässigt seine Aufgaben nicht.

In der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung vom gestrigen Donnerstag hielt Herr Oberbürgermeister Gläffing eine großzügige Rede zur Einleitung der Etatsberatung, in der er die Tätigkeit der Stadtverwaltung während der letzten vier Jahre wirkungsvoll darstellte. Sehr interessant war die Verteidigung der vorläufigen Beibehaltung des Hundertprozentigen Zuschlages zur Staats Einkommensteuer, welcher niedrigen Satz außer Berlin nur noch Wiesbaden sich leisten kann. Selbstverständlich darf die Hundertprozentpolitik nicht zum Dogma werden; man kann es aber nicht leugnen, daß sie (solange sie nicht ein zu scharfes Anspannen anderer Steuerquellen nötig macht oder nur durch eine Vernachlässigung wichtiger kommunaler Aufgaben zu halten ist) das stärkste Anreizmittel für den Zugang steuerkräftiger Elemente ist. Der unverständliche Vorwurf eines Frankfurter Bürgermeisters in einer von der Fortschrittlichen Volkspartei ins Leben gerufenen Gemeindevereinerung, daß Wiesbaden an Einwohnern verliere, weil es zu Gunsten seiner Hundertprozentpolitik die wichtigsten Aufgaben bei Seite schiebe und andere Steuerquellen erdrückend befaßt, wurde durch die Rede des Oberbürgermeisters überzeugend widerlegt. Aus dem Vorwurf des Frankfurter Magistratschefs sprach — so will uns scheinen — der „Reid der besitzlosen Klasse“. Wenn man in Frankfurt mit einem hundertprozentigen Zuschlag arbeiten könnte, würde er gewiß nichts gesagt haben. So redete er darauf los, ohne die Wiesbadener Verhältnisse genügend zu kennen. — Im Übrigen verweisen wir unsere Leser auf die Rede des Oberbürgermeisters Gläffing, die folgenden Wortlaut hatte:

Meine sehr geehrten Herren! Der Hauptvoranschlag für das Jahr 1914, den wir heute zu beraten haben, schließt in der ordentlichen Verwaltung in Einnahme und Ausgabe mit rund 13 Millionen Mark ab, in der außerordentlichen Verwaltung mit 8805 825 Mark, insgesamt handelt es sich also um einen Etat von 16 895 825 Mark; es ist auch diesmal gelungen, das Budget ohne jede Steuer-Erhöhung in Einnahme und Ausgabe auszugleichen.

Gleich zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich darauf hinweisen, daß sich der Gesamtetat der Einnahmen und Ausgaben der Stadt eigentlich nicht — wie eben angegeben — auf nahezu 17 Millionen, sondern auf 23 $\frac{1}{2}$ Millionen, also auf rund 6 $\frac{1}{2}$ Millionen mehr bezieht; es erklärt sich diese auf den ersten Blick etwas eigenartig beruhende Erscheinung durch die Ihnen ja bekannte Tatsache, daß wir neben dem Hauptetat einen Etat der Zweigverwaltungen führen, der das Wasseramt, die Bäder- und Kurverwaltung, das Verkehrsbureau, die Musikverwaltung, die Schlachthofverwaltung und Viehhäuserverwaltung, ferner die Wasser- und Lichtwerke und die Krankenhausverwaltung umfaßt. Aus diesem Etat werden lediglich die Endergebnisse der einzelnen Verwaltungen, wie sie sich aus der Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben ergeben, in den Hauptetat übergeführt, nicht aber die Brutto-Einnahmen und Ausgaben, sodas die Gesamtsummen der Einnahmen und Ausgaben dieser Zweigverwaltungen nicht im Hauptetat erscheinen, was dazu führt, daß die Gesamt-Einnahmen und Ausgaben der Stadt zu einem um 6 $\frac{1}{2}$ Millionen vergrößerten finanziellen Ausdruck gelangen. Wir werden in Zukunft die beiden genannten Etats vereinigen, damit die Gesamtsituation der hiesigen Verwaltung, die für die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben von wesentlicher Bedeutung ist, zu einem klaren unverfälschten Ausdruck gelangt. Schon des Vergleiches wegen mit den Leistungen anderer Städte.

Nach dieser die Art der Etatsaufstellung berührenden Bemerkung darf ich Sie wohl bitten, mir schon mit Rücksicht auf die neu eingetretenen Herren Stadtverordneten zu gestatten, daß ich unsere finanzielle Situation etwas ausführlicher auseinandersetze.

Wiesbadens Finanzlage.

Sie wissen, meine Herren, daß ich aus Anlaß einer Anfrage des Herrn Stadtverordneten Hartmann einmal die Vermutung ausgesprochen habe, daß bei Aufstellung des Etats für 1914 die Frage einer Einkommensteuer-Erhöhung in greifbare Nähe trete. Diese Vermutung war nicht unrichtig; es ist auch nur — wie Ihnen die spätere Auseinandersetzung zeigen wird — unter äußerster Sparsamkeit und unter Verzicht auf manche an sich sehr berechtigte Wünsche gelungen, mit 100 Prozent Einkommensteuer auszukommen. Eine günstige, von dem Magistrat nicht vorausgesehene Situation erfährt aber vielleicht der Etat durch die Wirkungen des Generalpardons bei dem Mehrsteuergesetz; es hat den

Anschein, als ob hier nicht unansehnliche Mehrbeträge an Einkommensteuer sich zur Verfügung stellen wollten, die uns gerade jetzt sehr willkommen sein werden. Eine bestimmte Auskunft über diese Mehr-Erträge kann leider heute noch nicht gegeben werden; das Budget ist ohne Rücksicht auf diese Beträge aufgestellt; die Stadtverordnetenversammlung wird sich also — wenn sich die gehegten Erwartungen erfüllen sollten — erst später mit einer Vorlage des Magistrats über die Verwendung dieser Beträge zu beschäftigen haben.

500 000 Mark Mehrbedarf gegen das Vorjahr.

Bei Beginn der Etatsaufstellung stellte sich der gesamte von den einzelnen Ressorts verlangte Mehrbedarf gegen das Vorjahr auf 777 000 Mark; es sind hiervon vom Magistrat als nicht unbedingt nötig und verschiebbar Forderungen im Betrage von 277 000 Mark gestrichen und der Mehrbedarf hiernach auf rund 500 000 Mark festgesetzt worden. Hiervon fallen allein 210 000 Mark auf persönliche Kosten, an denen Sie nichts ändern können; ferner 122 800 Mark auf Minder-Einnahmen gegenüber dem Vorjahr, die gedeckt bzw. ersetzt werden mußten, und nur 167 200 Mark auf sachliche Kosten.

Das Mehr an persönlichen Kosten setzt sich zusammen aus 29 000 Mark Befoldungsmehr infolge Aufrückens in höhere Gehaltsklassen, 5000 Mark Pensionen, 21 000 Mark für Angehörtenversicherung, auf 82 000 Mark Mehr für Befoldungen der Lehrer, ferner auf eine vom Magistrat vorgeschlagene Lohnerhöhung der Arbeiter im Betrage von 36 000 Mark auf ein Mehr an Arbeiterpensionen von 10 000 Mark und an Familienzulagen für Arbeiter von 20 000 Mark. In diesen Beträgen ist nichts zu streichen und nichts zu ändern, ebensowenig wie an den

Mindereinnahmen von 122 800 Mark.

für die Ertrag gesucht werden mußte, und die sich zusammensetzen aus 29 000 Mark Mindereinnahmen für Aktie, aus einer Mindereinnahme an Schankkonzessionssteuer infolge einer von der Stadtverordnetenversammlung verlangten Reform der Steuer im Betrage von 20 000 Mark und aus 6500 Mark Mindereinnahme aus den Weinbergen, hinzukommen als Verluste für den Hauptetat 16 300 Mark Pacht für Thiermalwasser, die seit der die Hauptverwaltung bekam und jetzt dem Kaiser Friedrich-Bad überlassen wurden, zur Bilanzierung seines Etats; ferner ein Verlust von 8000 Mark Pacht für das Paulinenschloß; die Kurverwaltung zahlte seit der den Betrag von 60 000 Mark an die Hauptverwaltung, der vorläufig ermäßigt wurde auf 52 000 Mark mit Rücksicht auf die inzwischen vorgenommene Aufteilung des Geländes und Ausdehnung eines Teiles desselben zum Zwecke des Verkaufs von Bausachen; und schließlich tritt hinzu eine Mindereinnahme aus dem Ausgleichsfonds im Betrage von 50 000 Mark; dieser Betrag hand in diesem Jahre noch dem Hauptetat zu als vorläufiger teilweiser Ersatz für den Ausfall an Wasserertrag infolge Ermäßigung desselben; da ein dauernder Ersatz nicht zustande kam und dieser Ersatz für das kommende Jahr nicht wieder aus dem Ausgleichsfonds genommen werden kann, muß anderweitige Deckung geschaffen werden.

Auch hieran, meine Herren, wird die kritische Hand nichts zu ändern haben; es fehlt also nur noch die Begründung des Mehr an sachlichen Kosten im Gesamtbetrag von 167 200 Mark, die recht einfach ist. Da in zunächst ein Mehr an Polizeikosten im Betrage von 13 000 Mark, das geprüft und als richtig befunden wurde; ein Mehr an Straßenreinigungskosten, entsprechend der Zunahme an Straßenzweigen, ein nicht vermeidbarer Mehrzuschuß an die Armenverwaltung von 11 000 Mark; ein Mehrzuschuß für gemeinnützige und wohltätige Zwecke von 12 200 Mark; ich erwähne hiervon nur die 4000 Mark Mehrzuschuß an das Arbeitsamt, der von der Stadtverordnetenversammlung bereits beschloffen ist, 3100 Mark Mehrzuschuß an den Verein der Kinderhorte, 2000 Mark Mehrzuschuß an den Wiesbadener Verein für Speisung bedürftiger Schulkinder und andere kleinere, hier nicht weiter bemerkenswerte Steigerungen; 3300 Mark Mehrzuschuß erhalten die einzelnen Abteilungen der Museen, die damit recht fleißig und erfolgreich behandelt werden, was aber mit Rücksicht auf die derzeitigen außerordentlich beschränkten Räumlichkeiten eine gewisse Rechtfertigung findet; 10 000 Mark Mehraufwand erfordern die Ferien-spaziergänge der Kinder; 3000 Mark mehr die Schülergärten und nur 13 000 Mark mehr die sonstigen sachlichen Kosten unserer gesamten Schulen, Unfall- und Krankenversicherung, Veteranenpense und eine Menge kleiner Mehrausgaben, die sämtlich vom Finanzausschuß geprüft und genehmigt sind, stellen noch eine Gesamt-Mehrforderung von 36 000 Mark dar, während schließlich noch 50 000 Mark mehr eingestellt werden müssen für das von der Stadt zur Straßenreinigung und Straßenbepflanzung usw. verbrauchte Wasser, das in Zukunft dem Wasserwerk vergütet werden soll.

Wenn Sie diese Gesamt-Mehrforderungen und Mindereinnahmen überblicken, so wird Ihnen jetzt schon klar sein, daß weitere Streichungsversuche hier nicht gelingen können; es wird Ihnen auch klar sein, daß der Magistrat sich in

keinen Forderungen an das Budget auf das Notwendigste beschränkt hat.

Die Deckungsfrage.

Die Frage, wie diese 500 000 Mark Mehrforderungen bzw. Mindereinnahmen zu decken sind, ist ebenso kurz zu beantworten. Vor allem sind es hier die Wasser- und Lichtwerke, die einen Mehrbeitrag von 116 700 Mark gegenüber dem Vorjahr zur Verfügung stellen konnten; an Einkommensteuer wurden 50 000 Mark mehr eingestellt nach den Erfahrungen der Vorjahre (ohne Rücksicht auf die noch nicht bekannte Wirkung des Generalpardons), an Grundsteuer 20 000 Mark, an Luftabgabesteuer 15 000 Mark, an Hundesteuer 1800 Mark und an Schulgeld 12 300 Mark; dazu kommen noch 60 000 Mark für Fiskalsteuer, die übrigens in der Form, wie sie vom Magistrat und Stadtverordnetenversammlung vorgelegt wurde, nicht genehmigt wurde; es ist hier indes ein neuer Beitrag eingestellt mit Rücksicht auf eine neue Vorlage, die der Magistrat in aller Kürze der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung vorlegen wird. Die eben genannten Mehreinnahmen betragen insgesamt 318 300 Mark, hinzutreten noch 181 700 Mark Ersparnisse an dauernden Ausgaben gegenüber dem Vorjahr und zwar 122 000 Mark für den Ansehe- und Tilgungsdienst, hauptsächlich infolge gänzlicher und damit wesentlicher Tilgung der Anleihe von 1879; ferner 22 000 Mark Ersparnisse bei dem Beamtenpersonal der Bauverwaltung, 7000 Mark Weniger-Ausgaben bei den Straßenbahnen; 8700 Mark werden bei der Reichthofverbrennungsanlage gespart; und 22 000 Mark verminderte Ausgabe bei den sonstigen Verwaltungen, auf die ich im einzelnen nicht zurückkommen will.

Also die oben erörterten 318 300 Mark Mehr-Einnahmen und die eben genannten Ersparnisse von 181 700 Mark laufender Ausgaben bilden den Ersatz der 500 000 Mark, die im Budget für 1914 als Mehr-Einnahmen gegen das Vorjahr oder zu ersetzende Ausfälle von Einnahmen zu decken waren.

Im einzelnen will ich noch darauf hinweisen, daß der vielleicht auffallend erscheinende Mehr-Zuschuß bei der Gartenverwaltung im wesentlichen hervorgerufen wurde durch die Lohn- und Familienzulagen und durch einen Flächenzuwachs; ich verweise nur auf die Abschreibung der Anlagen, während die Steigerung bei der Armenverwaltung um 11 250 Mark ihre Begründung findet in einer Erhöhung des Verpflegungstarifs des hiesigen Krankenhauses, der ermöglichte, daß das Krankenhaus mit dem seitberigen Bedürfniszuschuß von rund 258 000 Mark auszukommen in der Lage war. Bei der Schulverwaltung steigen die Einnahmen um 12 300 Mark und die Ausgaben um 110 450 Mark, sodas der Bedürfniszuschuß im ganzen um rund 98 000 Mark gegen das Vorjahr wächst. Diese Mehraufwendungen sind entstanden durch den Ausbau der Mittelschule an der Blumenhalstraße und der Knaben-Volksschule an der Porscherstraße; durch die Ausdehnung der Fortbildungsschulspflicht auf weibliche Handwerkslehrlinge und ungelernete Arbeiter, durch die Gebaltssteigerungen und die Befoldungen für neue Stellen an den beiden Lyzeen und der kaufmännischen Fortbildungsschule.

An den Pflanzfonds und Schulbaufonds konnten nach dem Stande des Etats Zuweisungen leider nicht erfolgen, was sehr zu bedauern ist; ich komme auf diesen Punkt am Schlusse meiner Ausführungen zurück. Das finanzielle Gewand, das dieser Etat trägt, ist also nicht allzu glänzend ausgefallen; es zeigt, daß die Kasse der Vater der hiesigen Verwaltung nicht allzu reichlich gefüllt ist und daß eben nur das unbedingt Notwendige Verwirklicht werden konnte.

Im außerordentlichen Etat

sind 3 197 000 Mark neue Anleihenmittel vorgesehen, darunter für Grundstücksverwertungen und Restablungen für bereits erworbene Grundstücke 800 000 Mark, für Krankenhauserweiterungen 250 000 Mark, für das Museum 1 500 000, für das Lyzeum auf dem Völsplatz 400 000 Mark; ferner als erste Bauplatz für Erweiterung der Dekorationsmagazine des Hoftheaters 75 000 Mark; für das Straßenreinigungsdopel an der Vertramstraße 25 000 Mark, für Vorarbeiten zu einem Volksschwimmbad an derselben Straße 3000 Mark, für die Volksschule an der Lahnstraße 200 000 Mark 1. Bauabte; für einen Erweiterungsbau für das Verkehrsbureau 40 000 Mark, für das Restaurationsgebäude an der Blumenwiese 30 000 Mark und die Volksschule an der Porscherstraße (Einrichtung von Zentralheizung) 40 000 Mark. Auf dem außerordentlichen Etat des Straßenausbauwerks stehen Umbauten in der Nikolastraße, Wilhelm- und Lahnstraße, Bahnhofstraße, die wohl mit ganz kurzfristigen Anleihen durchgeführt werden; der bereits genehmigte Umbau der Sonnenberger Straße findet aus laufenden Mitteln Deckung, während noch Beratungen darüber schweben, ob und inwieweit es noch möglich sein wird — vielleicht aus den Mitteln des noch zu erwartenden Einkommensteuer-Mehrbeitrages — die Parkstraße in einen besseren Zustand zu versetzen. Im übrigen sind auf dem außerordentlichen Etat noch rund 300 000 Mark für Sanifikation vorgesehen. Alle diese Projekte unterliegen natürlich noch der Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung.

Jung; ich führe sie nur an, um zu zeigen, daß es immerhin möglich ist, auch in 1914 durch Vornahme dieser vom Magistrat für notwendig erkannten Arbeiten lohnende Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen.

Das ist so in großen Zügen das, was ich zu dem Etat zu sagen hatte; Sie werden sich aus diesen kurzen Ausführungen schon überzeugen können, daß es dem Finanzausschuß nicht möglich war, Wesentliches an den Etataufstellungen des Magistrats zu ändern.

Es wird sich im Laufe der Diskussion nun zeigen, daß verschiedene Wünsche unberücksichtigt geblieben sind, auf deren Erfüllung einzelne der Herren Stadtverordneten großen Wert legen; Sie wissen Alle, daß es schwer ist, diesen Wünschen Rechnung zu tragen; sehen Sie sich unsere Steuern, Abgaben und Gebühren an, sowohl ihrer Höhe nach wie in ihrer Wirkung auf die von ihnen betroffenen Berufsstände und die wirtschaftliche Lage dieser Stände, dann werden Sie mit mir der Meinung sein, daß zurzeit nur die Einkommensteuer in Frage kommen könnte, wenn neue Wünsche mit erhöhten Steuern befriedigt werden sollten. Der Magistrat hat nun diese Wünsche nicht für so dringend gehalten, um gerade in jetziger Zeit zu einer auch die Minderbemittelten und unter der Ungunst der Zeit schwer bedrückenden Erhöhung der Einkommensteuer zu schreiten, einmal mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage überhaupt, dann auch mit Rücksicht auf die Tatsache, daß gerade in diesem Jahre die Verbrauchssteuer und besonders in Wiesbaden außerordentliche Anforderungen an den Geldbeutel der Wohlhabenden stellt, die ohnedies — soweit sie seither mit ihren Steuerdeklarationen größere Zurückhaltung als notwendig gezeigt haben — neben der Verbrauchssteuer auch eine höhere Einkommensteuer zu entrichten haben; hierzu noch einmal eine Erhöhung der Einkommensteuer von der Gemeinde aus treten zu lassen, das wäre nach Aufhebung des Magistrats vielleicht des Guten etwas zu viel gewesen. Ob und inwieweit nun dieser infolge des Generalarabons eingehende höhere Einkommensteuerbetrag, der ja — wie ich schon an anderer Stelle sagte — im Budget noch nicht einkalkuliert ist, zur Erfüllung jener Wünsche verfügbar gemacht werden kann, lasse ich dahingestellt sein; wir werden uns später nach vollendeter Veranlagung ja hierüber zu unterhalten haben; warnen möchte ich nur davor, allzu große Hoffnungen nach dieser Richtung hin zu hegen; mindestens muß ein Teil dieser Mehrbeträge in den Pflaster- und Schulbaufonds überführt werden, denn diese Fonds, die einmal in 1906 über Beträge von 380 000 bzw. 380 000 Mark verfügten, sind nach Abzug der für 1914 in das laufende Budget eingestellten Beträge auf 18 000 bzw. 12 000 Mark zusammengeschrumpft, also auf Beträge, die den gegebenen Bedürfnissen, besonders den in 1915 kommenden, gar nicht standhalten vermögen. Auch wird man nicht umhin können — wenn es angänglich ist —

die Lage der unteren Beamten zu verbessern,

für die eine Aufbesserung wirklich recht notwendig wäre, und damit einen Anfang zu machen, den in vieler Beziehung nicht unberechtigten Wünschen der Beamtenschaft entgegenzukommen. Wir wollen nur hoffen, daß recht viele Steuerländer zeitig zur Stadtkasse zurückkehren und uns damit in die Lage versetzen, wenigstens die eben erwähnten Zwecke zu erfüllen; ob darüber hinaus sich noch weitere Möglichkeiten ergeben werden, wage ich zurzeit nicht zu behaupten; Versprechungen kann ich auf diesem Gebiete überhaupt nicht machen, da die Höhe des zu erwartenden Mehrbetrages noch garnicht bekannt ist und deshalb auch ein Magistratsbeschuß noch nicht vorliegt.

Ob nun die verehrliche Stadtverordnetenversammlung die in der Einkommensteuerfrage geübte Taktik des Magistrats billigt, wird ja die heutige Diskussion ergeben; vorbeigehen kann man hierbei nicht an

drei Fragen,

die zu unteruchen und zu beantworten ja ebenso reizvoll ist wie wichtig für die zukünftige Politik der städtischen Verwaltung; ich möchte deshalb zunächst für die Vergangenheit die Frage stellen,

ob unter der Einkommensteuerepolitik der städtischen Verwaltung wichtige Aufgaben vernachlässigt worden sind,

ob als Folge dieser Politik eine übermäßige Anspannung der übrigen Steuern, Abgaben und Gebühren eingetreten ist, und

ob etwa das Stillstehen der Bevölkerungsziffer, das wir leider in den letzten Jahren zu verzeichnen haben, mit unserer Steuerpolitik in irgend einem Zusammenhang steht.

Ich habe zur Prüfung dieser Fragen und zur Gewinnung einer klaren und einwandfreien Beurteilung eingehende Feststellungen machen lassen und belege diese Fragen nicht mit Redensarten und Vermutungen, sondern mit nackten Ziffern und Zahlen, die vor jeder Kritik standhalten. Dabei gehe ich von dem Gedanken aus, daß

die 100 Prozent-Politik

mit Recht erhebliche Anzweiflungen erfuhr seit dem Jahre 1910, in dem mit dem Wegfall der Käse und anderer Einnahmen ein Ausfall von 1/2 Million Einnahmen entstand und bei dem stets wachsenden Verwaltungsbedarf sich die Bedenken mehrten, ob es richtig sei, an dieser Politik festzuhalten. Sehen wir uns die Tätigkeit unserer Verwaltung seit jenem Zeitraum an und machen wir dabei, wo es angänglich ist, einen Vergleich gegenüber den früheren Jahren, dann werden wir von selbst die nötigen Schlüsse ziehen können. Zunächst einige wichtige und nicht uninteressante Daten über Hochbau, Kanalbau und Straßenbau. Schon

das Hochbaugeschäft

bietet ein interessantes Bild. Nehmen Sie die zehn Jahre vor dem kritischen Jahre 1910, also den Zeitraum von April 1900 bis April 1910, so gelangen Sie zu einer Gesamtausgabe für Hochbauten von 17 600 000 Mark oder auf eine durchschnittliche Jahresausgabe von 1 760 000 Mark. Dabei fallen in diesen 10jährigen Abschnitt die Erweiterungsbauten des Gal. Theaters und der Neubau des Kurhauses mit nahezu 6 Millionen, ferner für 3 Millionen Schulbauten und 2 1/2 Millionen Krankenhausbauten; ferner 1 1/2 Millionen für den Südfriedhof, Reibrichtverbrennungsanlage und Schlachthofverweiterung. Seit dem 1. April 1910 bis Ende März 1913 beläuft sich die Gesamtausgabe für Hochbauten auf 6 1/2 Millionen, also auf einen Jahresdurchschnitt von 1 620 000 Mark, der also pro Jahr nur um 120 000 Mark zurückbleibt hinter dem Jahresdurchschnitt der Ausgaben jener vor 1910 liegenden 10jährigen Bauperiode, in der ganz außergewöhnliche Bauten, wie das Kurhaus, aufgeführt wurden. Nimmt man aber das Jahr 1914 noch hinzu und die dort für Hochbauten vorgesehenen Ausgaben von 2 500 000 Mark (darunter 1 1/2

Million für das Museum), so ergibt sich ein Jahresdurchschnitt von 1 800 000 Mark;

ich stelle also fest, daß die Bautätigkeit, soweit sie die Stadt angeht, sich nicht vermindert hat seit 1910, selbst nicht gegen den Durchschnitt jener durch besonders hervorragende Bauten ausgezeichneten Periode.

So haben wir seit April 1910 das Kaiser-Friedrich-Bad mit 2 1/2 Millionen Mark vollendet, wir haben für Krankenhausverweiterungsbauten 600 000 Mark, für Schulbauten 900 000 Mark, für die Landesbibliothek 550 000 Mark und die Schlachthofverweiterung 300 000 Mark ausgegeben; im Bau begriffen sind das Museum, für das 2 1/2 Millionen eingelegt sind, ferner das Lyzeum, die Volksschule an der Bahnstraße, zwei Krankenhäuser mit Anschlagssummen von rund 800 000, 400 000 bzw. 550 000 Mark. Im ganzen beträgt der Ausgabe-Etat des Hochbauamts seit 1. April 1910 einschließlich des Voranschlags für 1914 rund 9 Millionen Mark, die sich verteilen auf Bauten für das Kur- und Badewesen mit 2 624 000 M., für Bildungsanstalten mit 4 230 000 M., für Krankenpflege mit 976 000 M., für andere Zwecke mit 1 169 400 M. Und das steht wirklich nicht darnach aus, als ob die städtische Verwaltung auf diesem für die Entwicklung der Stadt so wichtigen Gebiete des Hochbaues etwas vernachlässigt hätte. Zurückgestellt haben wir lediglich das Schwimmbad und die Kläranlage in vorrätiger Beachtung der Etalage und der gewis richtigen Meinung, daß es wertvoll ist, auch für später noch größere Arbeiten auf diesem Gebiete übrig zu haben. Dabei ist als ganz besonders erfreuliche Tatsache festzustellen, daß wir in den letzten 4 Jahren von den 936 000 M., die für Schulbauten ausgegeben wurden, 726 000 M. aus laufenden Mitteln, d. h. aus Ueberschüssen der Etats bestritten konnten und nur 210 000 M. aus Anleihe zu nehmen brauchten.

Das Straßenbauwesen.

Und nun sehen wir uns einmal die Leistungen auf dem Gebiete des Straßenbaues an, die ja so wichtig sind für jede Stadt und für eine Stadt von dem Charakter Wiesbadens insbesondere. Auch auf diesem Gebiete, auf dem man übrigens niemals die Wünsche aller befriedigen kann, ist im allgemeinen nur Befriedigendes zu berichten. In den Ausgaben für die Straßenpflege, die meine für Unterhaltung, Reinigung und Sprengung der Straßen steht Wiesbaden unter den deutschen Großstädten an 6. Stelle; es sind für diesen Zweck in den letzten 4 Jahren über 2 Millionen ausgegeben worden, während die Straßenerneuerung von 1910 ab, wo sie 292 000 M. kostete, auf 684 000 M. in 1913 stieg, und insgesamt in diesen 4 Jahren über 1 1/2 Millionen Kosten verursachte; auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, liegen die Ausgaben für Straßenunterhaltung und Straßenerneuerung von 1910 mit 7,45 M. auf 11,58 M. in 1913. Auch gegenüber den Aufwendungen vor dem Jahre 1910 ist ein Rückgang nicht zu verzeichnen; zu beanstanden wäre höchstens, daß wir in letzter Zeit einen Teil der Straßenerneuerung durch Aufnahme einer laufenden Schuld oder kurzfristigen Anleihe bestritten. Das sollte eigentlich nicht sein; es sollten alle Straßenkosten aus laufenden Mitteln bestritten werden können; leider reicht die Dotierung des Straßenbaufonds hierzu nicht aus; deshalb greift man bezüglich eines Teils der Straßen zu einem Mittelweg zwischen Deckung aus laufenden Mitteln und Deckung als Anleihe; man wählt den Weg der Aufnahme einer auf kurze Zeit, höchstens 10 Jahre, bemessenen Schuld, die in jährlichen Raten aus den laufenden Mitteln zurückbezahlt wird. Uebrigens ist dieser Weg bis jetzt nicht in einem Umfange gewählt worden, der zu Bedenken Anlaß geben würde; es ist 1/2 der nötigen Summe auf dem Wege der kurzfristigen Anleihe, 1/2 sind durch laufende Mittel gedeckt worden. Auch

das Kanalbauamt

konnte mit Mitteln so ausgestattet werden, daß es in der Lage war, der natürlichen Entwicklung vollkommen zu folgen; das Kanalnetz hat sich in den letzten 4 Jahren in Wiesbaden und Sonnenberg zusammen um insgesamt 10 600 Meter erweitert; in der ordentlichen und außerordentlichen Verwaltung belaufen sich die Aufwendungen einschließlich der Sonnenberger Kanalisation auf 1 1/2 Mill. Mark. Der Ressortchef, Herr Magistrats-Ratrat Frensch, hat selbst bekundet, daß Einschränkungen in der Tätigkeit des Kanalbauamts aus Mangel an Mitteln nicht vorgekommen sind, daß lediglich der Bau einer neuen Abwässerungsanlage auf später zurückgestellt worden sei mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde, da die bestehende Kläranlage zurzeit noch ausreicht. Auch die Rücksicht auf Eingemündungsverhandlungen spielte hierbei eine Rolle.

Sehen wir über zu unserm

Schulwesen.

Schon die etatliche Entwicklung der letzten 4 Jahre zeigt, daß hier von einem Stillstand keine Rede sein kann; die Bedürfnisse haben sich von 1910 mit rund 1 1/2 Millionen jährlicher Ausgabe auf 1 856 000 M. gesteigert, also um 356 000 M. mehr an jährlicher Ausgabe, während sich das Schulgeld in dem gleichen Zeitraum von 488 000 M. auf nur 503 000 M., also um nur 17 000 M. gesteigert hat. Die städtische Verwaltung schießt zu den Schulen in 1914 den Betrag von 1 353 000 M. zu; rechnen Sie hierzu noch die Zinsen der sich auf nahezu 9 Millionen belaufenden Schulbauten mit nur 4 Proz., so ergibt sich ein städtischer Zuschuß von rund 1 700 000 M. Im allgemeinen stimmen die Berichte der Direktoren eine gewisse Zufriedenheit mit der Entwicklung, die ich mir bei der Voraussetzung einer vom Standpunkt des Ressortchefs begreiflichen Zurückhaltung wohl in eine volle umrechnen darf. Jedenfalls hat der Magistrat gerade auf dem Gebiete des Schulstats Streichungen überhaupt nicht oder nur in geringem Maße vorgenommen; es wurde ihm allerdings hierbei eine vorzügliche und stets gewissenhafte Vorarbeit geleistet von Herrn Stadtschulrat Müller, dessen mit dem Schluß des Etatsjahres erfolgendes Ausscheiden aus dem Dienste der Stadt ich mit meinen Magistratskollegen auf das lebhafteste bedauere; ich glaube dem Herrn Stadtschulrat diese aus aufrichtiger Uebergzeugung hervorgegangene Anerkennung hier schuldig zu sein.

Sehen wir über zu dem Gebiete der

Kunst und Wissenschaft,

zu den Theatern, zu den Museen, zu der Bibliothek; auch hier hat die Stadt in den letzten 4 Jahren nicht aufgehört, tätig zu sein; die Vertiefung und Inangriffnahme von Museum und Bibliothek mit einem Kostenaufwand von mindestens 3 1/2 Millionen legt Zeugnis ab für die Bereitwilligkeit der städtischen Verwaltung, das kulturelle Interesse nicht unter dem Kurinteresse leiden zu lassen. Man kann sich nur freuen, daß auf diesem Gebiete durch Bibliothek und Museum eine hervorragende Stütze für kulturelle Bestrebungen geschaffen wird, die bei verständiger Weiterentwicklung zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Die jährlichen Zuschüsse, die wir in den letzten Jahren diesen Bildungsanstalten gegeben haben, waren allerdings bescheiden; das wird sich aber ändern und hoffentlich auch mit Hilfe der Opferwilligkeit der Wohlhabenden und Reichen, die eingedenk sein sollen des Wortes, daß der Reichtum verpflichtet. Für das Gal. Theater hatten wir letzts eine offene Hand; die jährlichen Aufwendungen der Stadt haben sich nicht vermindert; sie betragen zurzeit 253 000 M. und werden sich nach Erbauung des von der Intendantur als

bringend bezeichneten Dekorationsmagazins noch erhöhen. Auch dem Residenz-Theater konnten wir unsere Gunst bezeugen durch Einrichtung von Volksvorstellungen, die hoffentlich — wenn auch vielleicht in anderer Form — zur dauernden Einrichtung werden.

Wenden wir uns nun zur

Kur- und Bäderverwaltung,

die ja das Recht hat, eine bedeutende Stelle in meinen Ausführungen einzunehmen u. zu beanspruchen, daß ihnen volle Berücksichtigung zu teil wird. Nun ich meine, meine Herren, wenn ein Teil unserer Verwaltung sich nicht beklagen kann über die Fürsorge des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, dann ist es die Kur- und Bäderverwaltung; im Vordergrund des Interesses steht hier der Bau des Kaiser-Friedrich-Bades mit einem Kostenaufwand von 2 1/2 Millionen Mark, das die städtische Verwaltung einen jährlichen Zuschuß von mindestens 75 000 M. kostet; die Begründung des Verkehrsbüros, das einen jährlichen Zuschuß von 73 000 M. erfordert; die Niederlegung der „alten Rose“, die der Kurverwaltung einen Jahresverlust von 13 000 M. brachte; die Finanzierung der Rennbahn mit 1 Million städtischem Geld und einem Jahreszuschuß von rund 30 000 M., die Unterstützung des Wiesbadener Golfklubs mit einem Baukostenzuschuß von 250 000 Mark; die Eröffnung des Emanatoriums, das infolge eines für die Stadt gütigen Vertrages städtische Opfer nicht verlangt, die neu angelegte Trinkkur an der Adersquelle, die vermehrten Aufwendungen für sportliche Veranstaltungen, wie die mit großem Risiko verbundene Beteiligung der Stadt an dem Prinz-Geinrich-Ruge; die Umgestaltung des Baderlattes, das eine Stütze bildet für das Verkehrsbüro, das mit wesentlich erhöhten Mitteln arbeitet — es wurden im laufenden Jahre allein nahezu 75 000 M. ausgegeben —, die qualitative und quantitative Verbesserung des Kurvorkochers, das seit 1910 einen Mehrkostenaufwand von 33 000 M. erfordert und sich zu einem Munierocher ausgebildet hat, auf das wir stolz sein können; das alles, meine Herren, bedeutet weniger als Stillstand, sondern ein ganz außerordentliches Vorwärtsschreiten, das endlich einmal auch die rückhaltlose Anerkennung der interessierten Kreise finden dürfte. Dabei will ich von der Tatsache, daß der Straßenbau gerade die Kurstraßen in erster Linie bevorzugt und alle verfügbaren Mittel für sie bereit hält, noch gar nicht einmal sprechen. Jedenfalls hat die Finanzlage der Stadt nie Halt gemacht bei der Kurverwaltung. Die Stadt hat im Gegenteil, wie auch von dem verantwortlichen Ressortchef gern anerkannt wird, ganz hervorragendes in finanziell ungünstigen Zeiten geleistet. Im übrigen kann man der Kurverwaltung nicht die Anerkennung versagen, daß sie sich außerordentlich Mühe gegeben hat, den Kurbetrieb auf voller Höhe zu halten und recht Gutes zu leisten, ebenso wie auch das Verkehrsbüro die ihm gestellte Aufgabe zu voller Zufriedenheit gelöst hat. Auf Einzelnes kann ich hier selbstverständlich nicht eingehen; die Erfolge sind natürlich nicht ausgeblieben.

die Fremdenfrequenz

wurde nicht nur behauptet, was angesichts der stets sich mehrenden Konkurrenz schon ein Erfolg gewesen wäre, sie stieg sogar auf 192 108 Personen und erzielte somit gegen das Vorjahr ein Mehr von 2788 Fremden. Dabei ist es von ganz besonderem Werte, daß gerade die eigentlichen Kurgäste im Zunehmen begriffen sind; sie sind gegen das Vorjahr von 62 900 auf 65 131, also um 2231 Gäste gestiegen. Die Kennen im Verein nach dem Berichte des Rennklubs in günstiger Entwicklung begriffen zu sein und müssen überhaupt erst die Kinderstube ausgetreten haben, um gerecht gewürdigt zu werden. Das Gleiche gilt vom Kaiser-Friedrich-Bad, dessen Erfolge und Werte zurzeit überhaupt noch nicht beurteilt werden können. Kein Geschäftsmann wird den Wert seines Geschäfts nach dem Ergebnisse des ersten Betriebjahres beurteilen oder verlangen, daß ihm schon das erste Jahr vollen Erfolg bringt. Dessen bin ich aber sicher, daß sich der Ruf dieses nach der Meinung der bekannten medizinischen Autorität von Beiring ganz hervorragend ausgestatteten Heilfaktors schon verbreiten wird. Und dann wollen wir uns erst für Berechtigten erachten, den Wert dieses mit so großen Opfern errichteten Bades zu beurteilen. Bedenken Sie auch, daß wir jährlich mit durchschnittlich 2 Proz. das angelegte Kapital tilgen, was natürlich der Reingewinn mit veranschlagern hilft. Selbstverständlich waren diese Erfolge auf dem Gebiete der Kur- und Bäderverwaltung nur möglich unter Deranziehung der Fremden zu den Kosten auf dem Wege der Kurtaxe, die voll und ganz dem Kurbetrieb zugute kommt und nur einen Teil der gesamten Kosten deckt. Aber auch in der Kurtaxfrage war der Magistrat stets entgegenkommend; er hat 1911 eine Reform vorgeschlagen, die günstig aufgenommen wurde und den gehegten Erwartungen vollkommen entspricht; er hat auch erst im Vorjahre die Bierwokenkarte eingeführt und dabei wieder ca. 20 000 Mark als Verlust gebucht. Bis auf weiteres soll an der Kurtaxe nicht mehr gerüttelt werden; wir können nicht fortgesetzt an dieser Taxe ändern und müssen vor allem schon deswegen hiervon Abstand nehmen, weil die Kurverwaltung selbst noch einen Fehlbetrag aus früheren Jahren zu decken hat.

Ich habe mich absichtlich etwas länger bei der Kurverwaltung als einem wichtigen Zweige unserer Verwaltung aufgehalten, um jetzt etwas schneller Ihnen die Entwicklung der anderen Verwaltungen in den letzten 4 Jahren zu zeigen.

Armen- und Krankenhauserverwaltung.

Zunächst zur Armenverwaltung und zum Krankenhaus. Den Bedürfnissen der Armenverwaltung ist von den städtischen Körperschaften stets Rechnung getragen worden; eine Entlastung dieser Verwaltung ist durch Wegzug kinderreicher Familien bis zu einem gewissen Grade eingetreten; immerhin ist die Gesamtausgabe in den 4 letzten Jahren von 403 000 auf 440 000 M. gestiegen; auch die Privatwohltätigkeit, die hier durch nicht weniger als 73 Korporationen geleistet wird, leidet außerordentlich für die Armen und Bedürftigen; leider habe ich trotz des Versuchs einer Enquete die tatsächlichen Leistungen nicht feststellen können, da ich nicht immer Bereitwilligkeit zur Auskunft vorfand. Da unser Krankenhaus ein Betrieb ist, der sich sehen lassen kann, wissen Sie; auch für diesen Faktor haben die städtischen Körperschaften immer eine offene und freigiebige Hand gehabt; es ist nie gekauert worden; es sind für Bauten für Krankenpflege seit 1910 976 000 M. ausgegeben worden, während für 1914 als Neuaufwendung 250 000 M. für die letzten Pavillons zur Verfügung gestellt wurden; die gesamten Umbauten haben die städtische Verwaltung ca. 3 1/2 Millionen Mark gekostet, wovon 2 1/2 Millionen auf die Zeit vor 1910 fallen. Die seit 1910 entfallenden jährlichen Mehrkosten der laufenden Verwaltung betragen ein jährliches Mehr von 48 000 M., der Gesamtschub in 1914 beträgt 253 700 M.; also auch hier, meine Herren, durchaus kein Stillstand, sondern ein tätiges Vorwärtsschreiten mit dem Endziele eines mütterlichen Krankenhauses, dank der Opferwilligkeit der städtischen Körperschaften.

Verschiedene Verwaltungen.

Auch die Grundstücksverwaltung hatte nicht nötig, untätig zu sein in den letzten 4 Jahren; sie hat in diesem Zeitraum für 3 1/2 Millionen Mark Grundstücke erworben, abgesehen von dem Jagdschloß Platte, das

erst in 1914 mit der ersten Rate fällig wird; nicht in letzter Linie hat auch die Gartenverwaltung reichlich Mittel zur Verfügung gehabt, um ihre Zwecke zu erfüllen. So hat sich der jährliche Zuschuss der Gartenverwaltung von 1910 mit 91 000 M. auf 157 000 M. in 1914 erhöht; der außerordentliche Etat hat in den letzten 4 Jahren ebenfalls 106 000 M. zur Verfügung gestellt; Aufgaben wesentlicher Natur, die auf diesem Gebiete gelöst wurden, sind die gärtnerische Ausgestaltung des Volksparks, des Südfriedhofs, der hinteren Kuranlagen, des Volksparks unter den Eichen und der Anlagen der Coulisstraße. Also auch hier kein Rückstand, sondern ein ganz erheblicher Fortschritt.

Auch unsere Schlacht- und Viehhofverwaltung ist nicht stehen geblieben; sie ist in den letzten vier Jahren mit einem Aufwand von rund 1/2 Million Mark verbessert worden; das gesamte in der Anlage stehende Kapital beträgt nahezu 2 1/2 Millionen.

Nun noch zur Vervollständigung des Bildes ein Blick auf die

Entwicklung der Straßenbahnen,

soweit sie städtisch sind, und unsere Wasser- und Lichtwerke. Die Dohleimer Linie hat sich aufgeschlossen; sie verzeichnet einen stetig wachsenden Verkehr und stetig wachsende Einnahmen; in den 6 vollen Betriebsjahren von 1907-1912 ist die Brutto-Einnahme von 164 000 auf 220 000 Mark gestiegen; der Reingewinn stieg in der gleichen Zeit von 27 500 auf 58 500 M., hat sich also nahezu verdoppelt. Das Anlagekapital der Strecke liegt von 510 000 M. im Jahre 1907 auf 916 000 M. in 1912. Die Gewinnbeteiligung der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft stieg in den genannten Jahren von 800 M. auf allmählich 11 000 M., ist jedoch im letzten Jahre mit Einführung des 5 Minutenverkehrs auf etwa 8000 M. zurückgegangen, so daß also die Süddeutsche ca. die Hälfte der durch diese Verbesserung entstandenen Kosten zu tragen hat. Unter Berücksichtigung dieser Gewinnbeteiligung ist die Verzinsung zunächst von 5 1/2 bis 7 Proz. gestiegen und jetzt wieder auf 6 Proz. zurückgegangen. Die Rücklagen für den Erneuerungsfonds sind reichlich bemessen, so daß Zuschüsse auch zur Anteilbeteiligung nicht zu leisten sind. Das finanzielle Ergebnis ist also ein durchaus befriedigendes. Der Verkehr ist von 350 000 Wagenkilometer auf 400 000 gestiegen, die zahlenden Fahrgäste von 1,3 auf 1,8 Millionen.

Für die Bierhadter Linie, die zu Ostern 1910 eröffnet wurde, liegt das Ergebnis von drei Betriebsjahren vor; die Einnahme ist gleichmäßig von 91 000 M. auf 105 000 M. gestiegen; der Reingewinn nach Abrechnung der Erneuerungsrücklagen von 25 000 M. auf 19 500 M. zurückgegangen, nachdem 1912 der bisherige Verkehr eingeführt wurde. Zu gleicher Zeit stieg das Anlagekapital durch Beschaffung weiterer Betriebsmittel von 480 000 auf 550 000 Mark, so daß die Verzinsung von 5,1 auf 5,5 Prozent zurückging und die Süddeutsche ohne Gewinnbeteiligung blieb. Das finanzielle Ergebnis dieser Strecke ist also nicht so gut wie das der Dohleimer Linie. Die Anzahl der Fahrgäste beträgt zurzeit etwa 680 000.

Im übrigen ist jetzt schon festzustellen, daß im laufenden Jahr die Anzahl der Fahrgäste für beide Linien gegen das Vorjahr wieder im Steigen begriffen ist, so daß man mit der Entwicklung der städtischen Straßenbahnen wohl zufrieden sein kann.

Faßt man das Ergebnis der Bahnen zusammen, so ergibt sich bei einem Anlagekapital von 1,45 Millionen Mark und 80 000 M. jährlicher Rücklagen ein Bruttogewinn von 78 000 M., der zur Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals in Anspruch genommen wird. — Nun

die Wasser- und Lichtwerke.

Die Ablieferungen dieser Werke sind von 1910 mit 1 274 000 M. auf 1 848 000 M. im Jahre 1913 gestiegen; andrerseits bemerke ich dabei, daß in diesen Ablieferungen auch Beiträge früherer Jahre stecken, die mit 1913 aufhören werden. Diese Gewinne bilden mit unserer Einkommensteuer und der Grundsteuer das Rückgrat unserer gesamten Finanzen. Man kann im übrigen mit Befriedigung feststellen, daß die Gewinne der Wasser- und Lichtwerke nicht etwa infolge zu geringer Abschreibungen so befriedigend sind, daß im Gegenteil die Abschreibungen völlig ausreichen und sich überhaupt die wirtschaftliche Situation der Werke in einem durchaus erfreulichen Zustand befindet. Im einzelnen auf das einzugehen, was die Werke geleistet haben, fehlt leider die Zeit; ich kann nur versichern, daß die eingehenden Berichte, die die Vorstände der drei Werke mir erhalten haben, das Bild einer rührigen, unermüdeten Verwaltung geben, die nichts veräumt, um die Werke auf der Höhe zu halten. So sind im Elektrizitätswerk in den letzten vier Jahren für Verbesserungen und Erweiterungen 1 1/2 Millionen Mark aufgewandt worden; beim Gaswerk etwa 1/2 Millionen Mark; beim Wasserwerk stieg das Anlagekapital um etwa eine halbe Million; für eine größere Bauaktivität fehlt dank der gewaltigen Anstrengungen der Jahre 1896 bis 1910 das Bedürfnis. Jedenfalls sehen wir unsere Werke in einer günstigen Entwicklung.

Nicht vergessen will ich übrigens zu erwähnen, daß auch die Ausgaben für soziale Zwecke mit etwa 2 1/2 Millionen Mark vom Budget getragen werden.

Wenn Sie nun noch hinzunehmen, daß in der fraglichen vierjährigen Periode auch für die Beamten und Arbeiter manches geschehen ist, daß der Etat beispielsweise trotz des Ausfalls der Klasse gegenüber dem Stand des Jahres 1909 eine natürliche Steigerung der Gehälter für Beamte, Hilfspersonal und Lehrer im Gesamtbetrag von 900 761 M. infolge des 1910 in Kraft getretenen Besoldungsgesetzes und die Lohnsteigerung für die Arbeiter und eine rund 100 000 Mark betragende Steigerung des Pensionsetats zu tragen verstand, dann muß man in Zusammenschau des ganzen Bildes und der eben angeführten Leistungen auf den hauptsächlichsten Gebieten der Verwaltung denn doch sagen, daß

die Grundlage unserer Finanzen eine recht gute und gesunde

sein muß und daß es von einer außerordentlichen Unkenntnis unserer Verhältnisse und recht oberflächlichen Beurteilung Zeugnis ablegt, wenn behauptet wird, daß die städtische Steuerpolitik die Tätigkeit der städtischen Verwaltung in notwendigen Aufgaben zum Stillstand gebracht hätte. (Der Herr Oberbürgermeister spielt hier auf eine Rede des Frankfurter Bürgermeisters Dr. Luppe an, die dieser im vergangenen Januar auf der Konferenz fortgeschrittlicher Gemeindevorsteher gehalten hat. Dr. Luppe machte hierbei Wiesbaden den durch Sachkenntnis nicht bewerteten Vorwurf, durch allzu harten Festhalten an der Hundertprozentgrenze wichtige kommunale Aufgaben vernachlässigt und andere Steuerquellen als die Einkommensteuer zu stark angezapft und dadurch den Einwohnerrückgang verschuldet zu haben. Die hier veröffentlichte Rede unseres Oberbürgermeisters wird ihn hoffentlich eines Besseren belehren. D. Red.)

Nun ist es außerordentlich interessant, die zweite Behauptung auf ihre Richtigkeit zu untersuchen, nämlich die Behauptung, daß unsere Einkommensteuerpolitik — im Verhältnis zu anderen Städten — eine außerordentliche Anspannung der übrigen Steuern, Abgaben und Gebühren zur Folge gehabt hätte. Ohne unsere Einkommensteuerpolitik für alle Fälle in Schutz zu

nehmen oder mich gar auf das Dogma der hundertprozentigen Einkommensteuer zu verpflichten, stelle ich zunächst fest, daß bezüglich der Einkommensteuer schon 1913 Wiesbaden mit fünf anderen Städten den niedrigeren Satz erhob; 1914 wird — nachdem sämtliche Berliner Vororte über die hundertprozentige Grenze hinausgegangen sind, — nur noch Wiesbaden und Berlin die unterste Grenze behaupten,

was ja eine Verabüdung ist für die auf diesem Gebiete allzu ängstlichen Gemüter. Hinsichtlich der Grundsteuer steht Wiesbaden an drittleistiger Stelle unter den Großstädten; nur noch zwei Orte, Briesen und Koblenz, haben einen niedrigeren Satz; hinsichtlich der Gewerbesteuer placiert sich Wiesbaden an zweitletzter Stelle; nur Altona erhebt einen geringeren Satz wie unsere Stadt.

Hinsichtlich der sogenannten indirekten Steuern — Wirtschaftskonzessionssteuer, Umsatzsteuer, Verzinsungssteuer, Biersteuer, Hundsteuer und Laßbarkeitsteuer — steht Wiesbaden auf einem Satz, der die Mitte hält zwischen höheren und niedrigeren Sätzen, die die anderen Städte zur Erhebung bringen.

Interessanter wird das Bild, wenn man sich einmal vor Augen hält, wie sich denn die Steuerpolitik unserer Stadt gerade in den letzten vier Jahren geändert hat, in denen trotz Beibehaltung der 100 Prozent Einkommensteuer die städtische Verwaltung eine recht gute Entwicklung zeigte; und hier finde ich die Anfänge einer Entwicklung, die vielleicht auch für die Feinde unserer Einkommensteuerpolitik nicht so ganz unbefriedigend sein dürfte. Da ist der Wegfall der Klasse mit 500 000 M., die Ermäßigung der Einkommensteuer im Falle des Vorhandenseins von Kindern mit 35 000 M., die zweimalige Reform der Schenkungssteuer mit 30 000 M., die Ermäßigung des Wasserzuges mit einem Verlust von 170 000 M. Nehmen wir nur diese Hauptposten, dann finden Sie, daß die Stadt in der Lage war, trotz Beibehaltung der 100 Prozent Einkommensteuer und der großen Leistungen der letzten vier Jahre auf eine Gesamtsumme von Steuern, Abgaben und Gebühren von 735 000 M. Jahreseinnahme zu verzichten und damit einzelnen Berufsständen nicht unerhebliche Erleichterungen zu verschaffen.

Und welche neuen Befähigungen der Bürger Wiesbadens stehen diesem Verzicht auf 735 000 M. an Steuern und Gebühren gegenüber? Befähigungen von nur 200 000 M., die sich verteilen auf eine Erhöhung der Umsatzsteuer um ein halbes Prozent im Betrage von 60 000 Mark, aus einer Schlachthofabgabe, die die Schlachthofverwaltung zu tragen hat, im Betrage von rund 50 000 M., aus einer Tarifserhöhung der Begräbnisstellen, die 10 000 Mark einbrachte, aus einer kleinen Erhöhung des Schulzuges im Betrage von 20 000 M., aus einer Erhöhung des wesenlich unter den Selbstkosten gebliebenen Krankenhaustarifs für die erste und zweite Klasse, die 20 000 M. lieferte, aus einem Mehr an Reibrichtabfuhrgebühren von 18 000 M. und einer Erhöhung der Hundsteuer im Betrage von 20 000 Mark.

Die Lösung des Rätsels,

daß in einer vierjährigen Periode voller Arbeitsleistung und höchstem Vorwärtstreben außerordentliche Aufgaben bewältigt wurden, dabei noch die Einkommensteuer auf ihrer Höhe verblieb und überdies noch auf Abgaben im Betrage von rund 520 000 M. (Differenz zwischen den aufgegebenen und neu eingeführten) verzichtet werden konnte — das alles in einer vierjährigen Periode, in der Staatseinkünfte von 820 000 M., 686 000 M., 700 000 M. und 580 000 M. zu decken waren — liegt natürlich neben der Anwendung äußerster Sparsamkeit und vorsichtiger Verwaltung in der Einführung der Kurtaxe, die den Wiesbadener Bürgern bis zu einem gewissen Grade die Sorge für die außerordentlichen Aufwendungen der städtischen Verwaltung für die Kurereichtungen abnahm und sie teilweise den Fremden überließ, für die diese Ausgaben gemacht wurden. Ohne die Einführung der Kurtaxe hätten wir eine Erhöhung der Einkommensteuer von 15 Prozent vornehmen müssen und damit eine Politik treiben müssen, die vom Standpunkte ausgleichender Gerechtigkeit wohl kaum zu verantworten gewesen wäre und auch die kleinsten Steuerzahler verpflichtet hätte, an den Kosten von Einrichtungen mit zu bezahlen, die in ihrem Interesse gar nicht geschaffen wurden. Der Vollständigkeit halber will ich noch erwähnen, daß auch eine Reform der Kurtaxe vorgenommen wurde, die einen Verlust von 35 000 M. brachte und damit sich hineinpaßte in die gegebenen Bedürfnisse, daß selbst der Chef der Kurverwaltung, dem man vom Standpunkt seines Ressorts keine anfängliche Stellungnahme gegen die Kurtaxe nachempfinden kann, sich nunmehr dahin ausspricht, daß die geürdeten Folgen der Kurtaxe nicht eingetreten sind.

Also, ich meine, Sie werden dieser in den letzten vier Jahren getriebenen Steuerpolitik eine gewisse Gesundung nicht abstellen können und werden mit mir der Auffassung sein, daß auch hier Vorteilhafteres und Fortschrittlicheres zu erkennen ist, mindestens aber, daß festzustellen ist, daß die Behauptung nicht richtig ist, daß sich infolge der Einkommensteuerpolitik die übrigen Steuern und Gebühren ins Unerträgliche gesteigert hätten. Eine gewisse Ausnahme möchte ich allerdings machen bezüglich des Preises, den wir für elektrisches Licht erheben; jetzt schon mit Tarifänderungen hier aufzutreten, hält der Magistrat indes nicht für zweckmäßig, da eine neue Lampe in Bewertung ist, die an sich schon — wie ich höre — eine mindestens dreißigprozentige Ersparnis an Licht garantieren soll. Aber wir werden immerhin diese Frage nicht aus dem Auge verlieren; auch gebe ich gern zu, daß die Verzinsungssteuer einer gründlichen Reform unterzogen und zu einer erträglichen Steuer gemacht werden muß; auch will ich ebenso freimütig bekennen, daß ich es gern sehen würde, wenn sich unsere Finanzverhältnisse so besserten, daß wir die 1910 eingeführte Erhöhung der Umsatzsteuer um ein halbes Prozent wieder rückgängig machen könnten im Interesse der Herbeiführung eines vermehrten Umsatzes und einer erträglichen Befähigung.

Und wenn nun schließlich noch behauptet worden ist, daß unsere Einkommensteuerpolitik auch

die Abwanderung mehrerer tausend Arbeiter

veranlaßt hätte, so möchte ich zunächst feststellen, daß Wiesbaden in den letzten vier Jahren an Einwohnerzahl um 4000 abgenommen hat; hiervon entfallen indes 1500 auf den Geburtenrückgang, so daß sich ein Verlust von 2500 ergibt, der allerdings sicherlich zu vier Fünfteln aus Arbeitern und kleinen Handwerkern sich zusammensetzt; im letzten halben Jahr (vom Oktober bis März) ist übrigens diese Abwanderung zum Stillstand gekommen; hoffen wir, daß es dabei sein Bewenden hat.

Mit dieser Abwanderung hat aber die Einkommensteuerpolitik nichts zu tun; sie ist lediglich

die Folge des Stillstehens der privaten Bautätigkeit,

also die Folge einer Erscheinung, die wir — mit Ausnahme der rein industriellen Städte — mit allen anderen Städten teilen. Diese private Bautätigkeit zurzeit schon anzuregen, etwa durch Vergabe städtischen Geldes zu Hypotheken für neue Bauten, dürfte ein nicht ungefährliches Unternehmen

sein angesichts der Tatsache, daß noch 5 Prozent der Wohnungen leer stehen und wir also noch 2 Prozent vom normalen Satz entfernt sind. Was wir hier tun können, liegt auf dem Gebiete der Förderung des Zuzuges, vor allem aber auf dem Gebiete der Schaffung eines normalen Angebots von baureifem und preiswertem Gelände; die Vorarbeiten für diese Kommission sind vollendet und im Besitz der Mitglieder der Kommission, die anfangs April ihre Arbeiten aufnehmen wird.

Diese Verödung des Baumarcktes tritt überall hervor. Wir teilen auf diesem Gebiete das Schicksal von zahlreichen Genossen unter den deutschen Städten.

Hätten wir wirklich 10 Prozent Einkommensteuer mehr erhoben, so wäre an diesen Verhältnissen nicht das Geringste geändert worden; es könnte die Einkommensteuerfrage nur insofern in Betracht kommen, als einmal aus Mangel an Mitteln wirklich notwendige Ausgaben, die Geld und lohnende Arbeitsgelegenheit schaffen, unterlassen werden müßten, bloß um der Einkommensteuer willen. Das wäre ein falsches Prinzip, das bekämpft werden müßte, denn eine städtische Verwaltung soll nicht nur aus Sparen denken; sie soll sich auch bewußt sein, daß die Entwicklung nicht zum Stillstand gebracht werden darf, daß Notwendiges geschaffen werden muß, und schließlich auch daran zu denken ist, daß durch Schaffung lohnender Arbeitsgelegenheit die Steuerkraft sich hebt, was schließlich der Stadt selbst zugute kommt.

Der Magistrat kann sich nur freuen,

mit Rücksicht auf die eben geschilderte Verwaltungstätigkeit der vergangenen vier Jahre feststellen zu können, daß die auf allen Gebieten vorgenommenen großen Arbeiten der städtischen Verwaltung den arbeitenden Ständen, Handel und Gewerbe und dem Handwerk doch manchen guten Verdienst gebracht haben. Wir empfinden es mit Befriedigung, daß unser Budget — wie an anderer Stelle schon hervorgehoben — für soziale, vor allem auch den Minderbemittelten zugute kommende Zwecke rund 2 1/2 Millionen Mark zur Verfügung stellen kann; ich rechne hierher die Ausgaben für Armenpflege, für Kranken- und Gesundheitspflege, für Schul- und Bildungszwecke, mit Ausnahme der höheren Schulen, für Arbeiterfürsorge, für Invaliden-, Kranken-, Unfall- und Angehörtenversicherung, ferner die Zuschüsse zu wohltätigen und gemeinnützigen Anhalten. Wir haben uns gefreut, für Notstandsarbeiten in den letzten vier Jahren über 420 000 M. zur Verfügung gestellt zu haben, und waren gerne bereit, im laufenden Jahr wie im kommenden Etat Beiträge für Lohnerhöhungen der Arbeiter in Höhe von etwa 90 000 M. bereitzustellen.

Auch das Handwerk, dessen schwere Bedrängnis der letzte Bericht der Handwerkskammer über die wirtschaftliche Lage des Handwerks im Kammerbezirk Wiesbaden eingehend schildert, bedarf der wohlwollenden Berücksichtigung, und es wird eine ernste Aufgabe der Verwaltung sein, daran zu denken, daß mit Ablauf des Etatsjahres 1914 die hauptsächlichsten städtischen Bauten beendet sind; es wird dann niemand gereuen, wenn noch Notwendiges ausgeführt und im übrigen auch das besondere Interesse der städtischen Verwaltung darauf gerichtet wird, alles zu tun, daß auch die vom Staat beabsichtigten Bauten, Realgymnasium und Regierungsgebäude, alsbald in Angriff genommen werden können.

Der Reiflage des Hausbestandes haben wir zu neuem Verstand durch ein Abkommen mit der Pfaffenschen Landeshank zwecks Hypothekenaufhebung; es sind auch unter Führung der Stadt 2 1/2 Millionen Mark zu diesem Zwecke gegeben worden, wozu noch 1/2 Million Mark aus eigenen städtischen Mitteln tritt, so daß im laufenden Jahre 3 Millionen Mark an Hypotheken in die Hände der städtischen Grundbesitzer gelangten. Sie wissen, daß das Abkommen mit der Landeshank aus formellen Gründen aufgehoben wurde; es wird zurzeit weiter verhandelt mit der Landeshank, die sich ihrerseits an den Oberpräsidenten gewandt hat um Erwirkung der Genehmigung zu einer Erweiterung ihrer Geschäftstätigkeit und zur Vermeidung weiterer Schwierigkeiten bei einer eventuellen Abwicklung eines neuen Abkommens. Sollte auf diesem Wege nichts zustande kommen, so wird der Magistrat versuchen, selbst auf irgend eine Weise vorzugehen.

Öffentlich werden wir auch in der Lage sein, in Völle einen Beitrag flott zu machen, der den unteren Beamten etwas bessere Bezüge verschafft.

Sie werden aus allem entnehmen, daß der Magistrat den besten Willen hat, zu helfen, wo er kann; dabei wird er es als seine erste Pflicht halten, stets darüber zu wachen, daß die Finanzlage der Stadt eine gute bleibt. Mit außerordentlicher Befriedigung will ich dabei feststellen, daß

die Schulden der Stadt sich in den letzten vier Jahren nicht vermehrt, sondern um 1,6 Millionen Mark vermindert haben.

Zeit dem 1. April 1910 bis zum 1. April 1914 sind 6,36 Millionen Mark Schulden neu aufgenommen und 7,9 Millionen Mark getilgt worden.

Vier Neubauten und größere Umbauten sind in den letzten vier Jahren insgesamt 12 Millionen Mark aufgewendet worden, und zwar 8,5 Millionen Mark aus Anleihemitteln und 3,5 Millionen Mark aus den laufenden Mitteln des Etats. Auch das spricht für eine durchaus gesunde Finanzlage.

Wenn Sie nun diese in meinen Ausführungen eingehend geschilderten Leistungen der Stadt seit 1910 zusammenfassen, und wenn Sie ferner nicht vergessen, daß diese Leistungen trotz Wegfalls von über einer halben Million Mark betragender Einnahmen möglich waren, wenn Sie ferner bedenken, daß in dem gleichen Zeitraum auch eine für die Bürgerschaft vorteilhafte Verkleinerung beziehungsweise Verminderung der Steuerlast stattgefunden hat und trotz dieser Umstände noch eine Schuldenverminderung um 1,6 Millionen Mark eingetreten ist, so werden Sie zugeben, daß wir keinen Grund haben, mit der Entwicklung unseres städtischen Budgets unzufrieden zu sein.

Wir sind zu dem günstigen Ergebnis gelangt durch unsere eigene Kraft

und werden das auch in Zukunft tun. Die Hoffnungen, vom Staat Hilfe zu erhalten durch ein neues Gemeindeabgabengesetz, werden sich — wenn der vorliegende Entwurf Gesetz werden sollte — erledigen, denn dieser Entwurf arbeitet nach dem System der kleinen Mittel, die uns nicht helfen können; er vermeidet es, einen neuen, sozial gerechteren Einkommensteuertarif den Gemeinden zur Verfügung zu stellen; auch hat er den Gedanken der Kapitalrentensteuer nicht in sich aufgenommen. Wir wollen uns deshalb allein weiterhelfen; die Stadt Wiesbaden befißt in sich selbst die Kraft, wieder zu einer besseren Entwicklung zu gelangen; gewiß erwarten wir zunächst keine allzu angenehmen und leichten Jahre, aber der Magistrat fürchtet die Schwierigkeiten nicht, besonders dann nicht, wenn er die Hoffnung hat, auch im kommenden Jahre mit der Stadtverordnetenversammlung in den Haupt- und Lebensfragen sich in so erfreulicher Uebereinstimmung zu finden, wie das im jetzt ablaufenden Etatsjahr der Fall gewesen ist.

Die fünfviertelstündige Rede des Herrn Oberbürgermeisters wurde offensichtlich von allen Seiten der Ver-

sammlung beifällig aufgenommen, was auch am Schluss durch Bravorufe und vereinzeltes Händeklatschen offen zum Ausdruck kam.

Hierauf erhaltete der Vorsitzende der Finanzdeputation, Stadt. Dr. Dreger deren Bericht über den Etat der ordentlichen und der außerordentlichen Verwaltung. Das Haus erledigte alsdann die Generaldebatte über den Etat und vertagte um 7 1/2 Uhr die Spezialdebatte auf Freitag nachmittags 4 Uhr. (Ein eingehender Bericht über den weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung folgt in unserer heutigen Abendausgabe. Red.)

Zur Frage der Reichstagsvertagung.

Die Reichsregierung ist mit der Absicht des Reichstages, sich bereits vor Dimmelfahrt zu vertagen, keinesfalls einverstanden. In den nächsten Tagen will das Reichsamt des Innern den Versuch machen, diesen Beschluß rückgängig zu machen oder wenigstens dahin zu wirken, daß der Reichstag bis Dimmelfahrt außer dem Etat, der Besoldungs-novelle, dem Alterspensionsgesetz, dem Buchmachergesetz und der Postdampfersubventionnovelle, die nach der Ansicht der Reichsregierung unbedingt verabschiedet werden müssen, noch einige andere Vorlagen verabschiedet, über die eine Einigung leicht möglich ist. Die Regierung wünscht noch die Verabschiedung des Konkurrenzklauseleges, des Sonntagruhegesetzes und des Jugendgerichtsgesetzes. Im Reichstage besteht, wie wir hören, auch keine Abneigung, diese Vorlagen nach dem Abschluß der Etatsberatungen zu verabschieden, wenn die Regierung den Wünschen des Reichstages in verschiedenen Punkten entgegenzukommen bereit sei. Die Etatsberatung kann bei gutem Willen bis zum 18. Mai erledigt sein, es wäre immerhin noch möglich, daß in den sechs verbleibenden Sitzungstagen bis Dimmelfahrt diese Vorlagen endgültig verabschiedet werden. Eine gewisse Schuld an der Unfruchtbarkeit der Reichstagsverhandlungen hat auch die Regierung, die eine Reihe der Vorlagen, die unbedingt bis zur Vertagung erledigt werden sollten, bis jetzt noch nicht eingebracht hat, und sie auch erst im April einbringen wird, wie das Alterspensionsgesetz und das Buchmachergesetz. Wegen des Konkurrenzklauseleges und des Sonntagruhegesetzes sollen die Aussichten für eine Verständigung zurzeit besser als vor einigen Wochen sein, so daß eine schnelle Verabschiedung dieser Gesetze im Mai möglich erscheint.

Das Kompromiß zur Reichsbeamtenbefolgung.

In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages wurde der seit einigen Tagen vorbereitete Kompromißantrag aller bürgerlichen Parteien zur Beamtenbefolgungsnovelle eingebracht. Dieser Antrag enthält eine Reihe von wichtigen Änderungen gegenüber der Regierungsvorlage. Zunächst soll nach ihm die Klasse 11a, die Steuerbeamten, Maschinenassistenten, Telegraphisten, Weichenwärter beim Kanalbauamt, Materialverwalter, Posten 2. Klasse, Unterfeuerleute, Telegraphisten bei der Seewarte, Postunterbeamte in gehobenen Dienststellungen, Telegraphisten, Unterassistenten bei der Reichseisenbahnverwaltung, Rademeyer, Lokomotivführer bei der Seeresverwaltung usw. mit einem Gehalt von 1400 bis 2100 Mark umfaßt, höher hinauf hinter die Klasse 11b rücken, und zwar mit folgenden erhöhten Gehaltsstufen: 1500, 1640, 1780, 1920, 2060, 2200 Mark. Die Bibliothekssekretärinnen kommen beim Wohnungsaufsichtsdienst von der Tarifklasse 4 in die Tarifklasse 5. Die Buchführer bei den Technischen Instituten der Seeresverwaltung werden aus der Klasse 17a (1650 bis 3000 Mark) herausgeholt in die Klasse 21 (1800 bis 3300 Mark). Die Ober-Voltpraktikanten kommen aus der Klasse 36 (2500 bis 4500 Mark) hinauf in die Klasse 42 (2500 bis 5000 Mark). Die Hilfsreferenten bei den Oberpostdirektionen und die Post- und Telegrapheninspektoren (bisher Klasse 42 mit 2500 bis 5000 Mark), ferner die Vizeinspektoren bei Post- und Telegraphenämtern 1. Klasse und die Oberpostinspektoren (bisher Klasse 48 mit 6000 bis 6000 Mark Gehalt), sowie die Telegraphen-Ingenieure (bisher Klasse 52 mit 3000 bis 6000 Mark) rücken hinauf in die Klasse 57 mit 3000 bis 7200 Mark. Schließlich bestimmt der Kompromißantrag noch, daß das Besoldungs-dienstalter der Post- und Telegrapheninspektoren und der Hilfsreferenten bei den Oberpostdirektionen um je drei Jahre zurückgerückt wird.

Der Sturz von der Höhe.

Original-Erzählung von Fritz Nibel - Mainz. (1. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
Denken war ein quecksilbernes Ding von eigenartiger Anmut. In ihrem Keußern wich sie von den Schwestern ab, denn während diese sämtlich die fernhafte, etwas in das Verbe gehende Frische der Mutter geerbt hatten, als die Kleine mit ihrer zarten Gestalt, dem alabasterweißen Teint und dem rotgoldenen Haargelege einer Eisengehalt aus dem Märchenreiche. Wie ein schelmischer Pud flatterte sie im Hause umher, verhältlich von den Eltern und geliebt und bewundert von jedem, in dessen Gesichtskreis sie kam. Als sie in die Jahre gekommen war, verdrehten ihre schillernden Nixenaugen sämtlichen im Geschäft des Vaters angehenden jungen Leuten den Kopf, aber keiner von ihnen konnte sich rühmen, von dem schönen Mädchen jemals den geringsten Beweis einer wärmeren Zuneigung empfangen zu haben, und es waren doch junge Männer darunter, die sich sehen lassen konnten und durchaus nicht als Bewerber um Helenens Hand zu verachten gewesen wären. Das Gefühl der Liebe zum Mann schien in dem Seelenleben Helenes Hellborns vollständig zu fehlen, und wenn sie auch für Galanterien sehr empfänglich war, so trug ihre zur Schau getragene Freude über die allgemeine Verehrung einen durchaus kindlichen Charakter, wie sie sich überhaupt trotz ihrer zwanzig Jahre noch als recht kindlicher Witzfang geberdete. Ihre auffallend pikante Erscheinung hatte ihr bei den jungen Männern der Stadt den Beinamen „die schöne Helena“ eingetragen, aber weder einem Menckens noch einem Paris gelang es, die Begehrenswerte zu erobern. Schon mehrmals hätte sie, wie man sich ersahnte, in die angesehensten Familien einheiraten können, doch lagte sie den mit ernsthaften Anträgen kommenden Freiern einfach in das Gesicht und erklärte, daß es ihr nicht einfiel, schon jetzt unter das Ehejoch zu kriechen — dazu wären die Jugend und die ungebundene Freiheit viel zu schön. Dabei teilte sie ihre Worte mit einer so neckischen kindlichen Unbesonnenheit aus, hat mit einer solchen Herzlichkeit die Abgewiesenen, sie doch mit so dummem Zeug wie Heiratsanträgen zu versehen, daß ihr keiner im Ernst böse sein konnte und jeder mit der Zeit eine Änderung in den Bestimmungen der irdischen Schönen eintrete.
Diese Aenderung ließ auf sich warten. Die „Schöne

Sturm im heilischen Landtag.

Aus Darmstadt meldet die „Frankf. Zig.“: In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer kam es zu unerhörten Szenen. Der Leiter der Schulabteilung, Staatsrat Süssert, antwortete in einer längeren Rede auf Ausführungen des Abgeordneten Kressel-Jungelheim zum Fall Jung und vertrat dabei den bekannten Standpunkt der Regierung, daß es Lehrern zu verbieten sei, in Gewerkschaftsversammlungen Bildungsvorträge zu halten. In Erwiderung sozialdemokratischer Vorwürfe, daß in Schulbibliotheken Bücher über „Krieg und Kriegsgeschichte“ bevorzugt würden, meinte er dann, er als alter Soldat müsse sich freuen, wenn kriegerischer Geist in der Jugend gepflegt werde. Hier machte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Fulda den Zwischenruf: Feldwebelgeist! Staatsrat Süssert parierte den Zwischenruf durch die Bemerkung: Sie, Herr Dr. Fulda, haben es, glaube ich, nur zum Gefreiten gebracht! Dr. Fulda replizierte: Sie waren nur trauriger Sommerleutnant! Präsident Köhler rief Fulda zur Ordnung. Staatsrat Süssert: Ihre Beleidigungen reichen nicht an meine Fußspitze! Im übrigen sehe ich in dem Vorgang eine Illustration der sozialdemokratischen Bildung. (Zwischenruf Dr. Fuldas: Unverschämter Staatsrat!)

Abg. Ulrich (Soz.): Ich bitte den Präsidenten, uns gegen die Beleidigung von Regierungsräten zu schützen! Ich muß mir sonst selbst mein Recht verschaffen. Präsident Köhler: Sie können sich wohl vorstellen, daß die Art, wie jetzt hier verhandelt wird, dem Ansehen des Hauses nicht dient und nicht im Einklang mit der parlamentarischen Ordnung steht. Wenn Sie sich nicht mögen, muß ich die Sitzung schließen! Staatsrat Süssert schließt dann seine Rede mit der erneuten Versicherung, daß die Regierung ihren Standpunkt, den sie unter dem Beistand der großen Mehrheit des Hauses und auch wohl des Landes vertreten habe, auch in Zukunft behaupten werde. (Laute, stürmische Bravorufe bei der Reden, die sich um den Regierungsrat gefehert hat, Zwischenruf bei den Sozialdemokraten.)

Im Anschluß an diesen Vorgang gaben die Abgeordneten Dr. Osann für die nationale liberale Partei, v. Brentano für das Zentrum, Brauer für den Bauernbund und Kressel-Jungelheim für die Fortschrittliche Volkspartei Erklärungen ab, in denen die Szene, die sich da abspielte, bedauert wird. Abg. Ulrich (Soz.) gab eine Darlegung des Vorfalls, wonach die Erregung Dr. Fuldas begreiflich erscheinen müsse. Herr Süssert habe Dr. Fulda zuerst beleidigt, da er genau gewußt habe, daß Fulda die Qualifikation zum Reserveleutnant habe. Staatsrat Süssert seinerseits betonte, daß ihm jede beleidigende Absicht ferngelegen habe. Im Verlauf dieser Erklärungen wurden Dr. Fulda und Ulrich mehrmals zur Ordnung gerufen.

Kurze politische Nachrichten.

Zur Korrektur des Kaisers.

Während des Aufenthalts des Kaisers in Korsu wird er auch diesmal, wie in früheren Jahren, den Besuch des Königs von Griechenland und seiner Familie erhalten. Es ist außerdem wahrscheinlich, daß der neue Fürst von Albanien die Gelegenheit benutzen wird, dem Kaiser seine Aufwartung zu machen.

Die Ministerkrise in Frankreich.

Aus Paris wird gemeldet: In dem unter dem Vorsitz des Präsidenten Poincaré abgehaltenen Ministerrat teilte der Ministerpräsident Doumergue mit, daß der Marineminister Monis ihm seine Demission abgegeben habe, um bei seinem Erscheinen vor der Rogette-Kommission der Kammer seine volle Aktionsfreiheit zu besitzen. Der Ministerrat nahm die Demission an. Der Kolonialminister Leboucq übernimmt interimistisch das Marineministerium.

Ausländische Berater im albanischen Kabinett.

Aus Durazzo wird berichtet: Ministerpräsident Turfah Pascha teilte den Korrespondenten der auswärtigen Presse mit, daß jedes einzelne Ministerium einen Generalsekretär ernannt bekommen und daß für ein jedes Ministerium ein ausländischer Berater engagiert werden wird.

Helena“ war bereits vierundzwanzig Jahre alt geworden, als sie sich zum ersten Male von Cupidos Pfeil getroffen fühlte. Und merkwürdigerweise war ihre Wahl nicht auf einen der sie umwerbenden vornehmen Freier gefallen, sondern einem ganz simplen Gehilfen ihres Vaters, dem Felix Tauber, hatte sie ihr Herz geschenkt, sehr zur Verwunderung ihres Vaters. Denn Felix Tauber konnte als das Muster eines braven und soliden jungen Mannes gelten, der sein Fach aus dem Grunde verstand und ganz geeignet erschien, als Eidam des Meisters Ulrich auch dessen Geschäftsnachfolger zu werden. Und seine Persönlichkeit war ganz dazu geeignet, einem jungen Mädchen das Herz höher schlagen zu machen.

Bei tannenschlankem Wuchs besaß Felix ein Gesicht, das in seinen edlen Zügen an die Meisterwerke altägyptischer Kunst erinnerte und mit seinem durchgeistigen Ausdruck ungemein fesselnd wirkte. Sein dunkelbrauner Lockenkopf mit den schwärzlich glänzenden, von tiefdunklen Wimpern beschatteten Augen verleihten das Bild eines schönen Jünglings, dessen Erscheinung noch durch ein ungesuchtes vornehmes und doch bescheidenes Wesen gehoben wurde. Felix Tauber war ein Kind der Stadt und stammte aus einer ehrenwerten Beamtenfamilie. Sein verstorbenen Vaters, der bei der Post angetretene Rechnungsrat Tauber, war ein intimer Freund Ulrich Hellborns gewesen und hatte den Sohn, der schon als Junge ein seltenes Talent für Mechanik bewies und ein leidenschaftlicher Jagenannter Vossler war, bei Meister Ulrich die Uhrmacherei erlernen lassen. Auch Felix hatte sich während eines Zeitraums von fast sechs Jahren in der Fremde, besonders in Sachsen und in der Schweiz, in seiner Kunst vervollkommen, war als Dreißig-jähriger zurückgekommen, um sein Jahr bei dem in der Stadt garnisonierenden Infanterieregiment abzu-dienen und hatte nach Ablauf seiner Dienstzeit wieder eine Stellung bei seinem alten Lehrmeister und zwar den Posten eines ersten Gehilfen angenommen.

Das war vor drei Jahren gewesen und während dieser drei Jahre schien der junge Mann für nichts anderes im Hause seines Prinzipals Sinn und Gedanken zu haben, als für seine geschäftlichen Obliegenheiten. Mit der schönen Tochter des Hauses, die er so schon als Kind gekannt hatte, verkehrte er bei den sich häufig darbietenden Gelegenheiten des Zusammentreffens harmlos und unbefangen, wie mit einem alten Kameraden, ohne jemals auch nur den geringsten Versuch zu machen, sich ihr zu nähern, ganz im Gegensatz zu seinen Kollegen. Die sämtlich das schöne Mädchen answärmten. Vielleicht war es gerade diese Zurückhal-

Hof und Gesellschaft.

Kaiser Franz Josephs Besuch in Budapest. Das ungarische Hofmarschallamt hat nunmehr mitgeteilt, daß Kaiser Franz Joseph zu mehrtägigem Aufenthalt nach Budapest kommen dürfte. Sowohl in der Wiener Burg wie im Schloß zu Gödöllö werden Vorbereitungen zum Empfang des Kaisers und des Hofstaates getroffen. Die Ankunft in Budapest dürfte am 23. oder 24. April erfolgen. Der Monarch wird in der Wiener Burg Deputationen empfangen. Ferner sind zwei Hofdiner vorgesehn. Nach Gödöllö wird der Monarch Anfangs Mai übersiedeln und daselbst dem Kaiserhof obliegen. Offizieller Besuch des Kaisers findet auf besonderen Wunsch des Monarchen nicht statt.

Arbeiterbewegung.

Die Aussperrung in den Waffenfabriken.

Man meldet aus Solingen: Am Mittwoch war die Kündigungsfrist der ausgesperrten Waffenarbeiter abgelaufen. Die Zahl der ausgesperrten und freikundenden Arbeiter ist auf etwa 600 angewachsen. Deutsche Staatsaufträge liegen den Waffenfabriken zur Zeit nicht vor, dagegen verschiedene ausländische Aufträge. Soweit Aufträge dringend sind, werden sie mit ausländischen Hilfskräften erledigt. Die Waffenfabriken beschloßen in einer Versammlung, die Aussperrung der Arbeiter aufrechtzuerhalten. Sie waren einstimmig der Ansicht, daß an eine Aufhebung der Sperre nicht gedacht werden könne, solange die Arbeiter den Fabrikanten verwehren wollten, im Notfall die Arbeiten auswärts ausführen zu lassen.

Landtagsverhandlungen.

(Telegraphischer Bericht der „Wiesbadener Zeitung“.)

Abgeordnetenhaus.

h. Berlin, 19. März 1914.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Eisenbahnetat (4. Tag).

Die Besprechung wird bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben fortgesetzt.

Es werden vorwiegend lokale Wünsche erörtert. Ministerialdirektor Dörner: Von einer Neuanlage des Bahnhofs Tempelhof ist nicht die Rede, sondern nur von einer Ausgestaltung. Formell ist dieser Vertriebsbahnhof bereits genehmigt.

Abg. Heins (Hosp. d. Konf.) wünscht Verbesserung der Bahnhofsanlage in Wilhelmshöhe.

Abg. Cremet (nat.) bedauert, daß die Bahnhofsanlage in Dagen zu lang ausgedehnt ist. In Sevelsberg ist ein neuer Bahnhof dringend notwendig.

Abg. Wendlandt (nat.) wünscht Verkehrsverbesserungen im Bezirk der Eisenbahndirektion Erfurt.

Abg. Wolff - Viebrich (nat.) wünscht auf dem Bahnhofs Siedlingen-Beilsheim eine Unterführung. (Den Wortlaut der Rede werden wir nach dem amtlichen Stenogramm veröffentlichen.)

Abg. Bohlhardt (nat.) verlangt eine Ueberdachung des Bahnhofes in Eschersheim.

Abg. Deser (fortschr. Sp.): Der neue große Bahnhof in Frankfurt a. M. genügt schon jetzt nicht mehr. Eine schnellere und bessere Verbindung mit dem Taunus wird gewünscht. Die Dabassenbahn hat die Stadt Frankfurt selber gebaut. Anstatt daß die Staatsbahn nun hier entgegenkommt, nimmt sie noch für jeden Waggon eine Ueberführungsgelbühr von 50 Pfennig. Zu bedauern ist es auch, daß die Stadt Frankfurt von Seetaxien ausgeschlossen ist.

Minister v. Breitenbach: Wir haben noch im Vorjahre den neuen Bahnhof in Frankfurt a. M. in Betrieb genommen, der tatsächlich für Frankfurt ein zweiter Hauptbahnhof ist. Ich kann versichern, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse Frankfurt, soweit sie mit der Eisenbahn zusammenhängen, von der Eisenbahnverwaltung stets berücksichtigt worden sind.

Hiermit schließt die Besprechung. Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben werden bewilligt. — Damit ist die zweite Lesung des Eisenbahnetats beendet.

Es folgt die

Beratung des Grundteilungs-gesetzes.

Hierzu liegen verschiedene Anträge vor, darunter auch ein konservativer.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer: Der Zweck der Innenkolonisation kann nicht die Aufteilung des Groß-

grundbesitzes sein, die ihn in Helenens Augen begehrenswert erscheinen ließ und es reizte die Schöne, daß dieser Eine dem Hauber ihrer Persönlichkeit nur ein lässliches Verhalten entgegensetzte, während ihr doch sonst alle jungen Männer zu Füßen lagen. So ließ sie denn in ihrem Verkehr mit dem jungen Manne nach und nach einen wärmeren Grundton einfließen, der in verschleiierter Weise zur Annäherung ermunterte — das Weib sollte den Mann und es wurde verstanden. Allerdings erst nach geraumer Zeit. Denn es schien fast, als vermeide Felix Tauber den Verkehr mit der schönen Helena absichtlich, seitdem diese ein innigeres, auf Herzeneignung deutendes Wesen, gegen ihn zur Schau trug, als hielte ihn ein unbestimmtes Etwas zurück, das ihm gebotene Glück zu ergötzen, wenn auch ein scharfer Beobachter gewahren konnte, daß ein zehrendes Feuer für die Tochter des Hauses in seinem Inneren loderte. Anstatt seines früheren gegen Helena gezeigten freundlichen Gleichmutes machte ihn die Anwesenheit des Mädchens sichtlich verlegen und doch umfaßten seine Blicke die zarte Eisengehalt mit heißem Begehren — es war, als schreie er sich, der in abhängiger Stellung sich Befindliche, die Blicke zu der Belummwordenen zu erheben. So machte sich Helenes sein zurückhaltendes Benehmen ihr gegenüber denken und sie beschloß, den zaghaften Verehrer von seiner etwaigen Besorgnis, von ihr abzuweisen zu werden, zu befreien. Ihr weiblicher Instinkt verriet ihr, daß sie geliebt wurde — da galt es also nur Felix zu einer offenen Erklärung zu ermuntern.

Die Gelegenheit dazu sollte sich bald finden. Trotzdem Meister Ulrich und seine Frau bereits den Siebzig entgegengingen, pflegten sie allsonntäglich, wenn es das Wetter nur einigermaßen erlaubte, einen Ausflug in die reizvolle Umgebung der Stadt zu unternehmen, um wie der Alte sagte, den Staub der Großstadt für acht Tage aus den Lungen zu pumpen. Helena begleitete sie gewöhnlich auf diesen Wanderungen und auch Felix Tauber hatte sich als leidenschaftlicher Tourist schon zu verschiedenen Malen angeschlossen. Für Flingeln war man übereingekommen, an den Rhein zu fahren, das herrliche Morgenbrot bei Bingen zu durchwandern und den höchsten Punkt des Osnabrückgebirges in dieser Gegend, den Saalkopf, mit seinem Aussichtsturm zu besteigen. Felix Tauber kannte die Gegend von früheren Wanderungen her und hatte sich auf die Bitten des alten Ehepaars hin nach einigem Zögern bereit finden lassen, als Führer an dem Ausfluge teilzunehmen, zu dem sich auch die in der Stadt wohnenden Schwiegereltern der Hellborns mit ihren Frauen, sowie noch einige befreundete Familien einfanden. (Fortf. folgt.)

grundbestes sein, sondern nur die Herbeiführung des Rechtsverhältnisses zwischen großem, mittlerem und kleinem Grundbesitz. Das vorliegende Gesetz soll die Anfechtung von Bauern und Arbeitern erleichtern, nicht nur bei der Rohkultur, sondern insbesondere dort, wo große Güter aufgeteilt werden. Die Entvölkerung des platten Landes, besonders im Osten, ist in der Hauptsache verschuldet durch die Industrialisierung und durch die Sucht nach besseren Arbeitsverhältnissen im Westen. Diese wollen wir nicht unterbinden, aber die Erhaltung und Ansiedlung von Bauern und Arbeitern mit allen Mitteln fördern. Besonders dort, wo wichtige nationale Interessen in Frage kommen. Der reelle Güterhandel soll nach Möglichkeit unberührt bleiben. Auf Grund- und Hausbesitzer bezieht sich das Gesetz nicht und nur die Verdrängung unterliegt der Genehmigung, nicht aber der Verkauf einer Besichtigung, wenn er durch Händler oder durch einen Makler erfolgt. Die Verdrängung der Grundstückspekulation wird dazu beitragen, die teilweise ungerecht gefügigen Grundstückspreise auf ein gesundes Maß zurückzuführen und der Mobilisierung des Grundweins namentlich im Osten vorzubeugen, sowie im Westen den bauerlichen Besitzern denselben Grund zu erhalten als bisher. Das neu eingeführte Rücktrittsrecht hat sein Vorbild im bayerischen Güterverdrängungsgesetz. In Bayern hat sich das Rücktrittsrecht bewährt und ist die Zahl der gewerbmäßigen und eingetragenen Güterhändler seit 1910 von 1923 auf 550 zurückgegangen. Die wirtschaftliche Teilung will das Gesetz fördern, durch die Einführung eines Verkaufsrechts. Das ist für die Innenkolonisation erforderlich. Ueber die Errichtung der Rentengutbildung werde ich mich äußern, wenn der Antrag über die Innenkolonisation begründet wird. Ich hoffe, daß die Kommission das Gesetz im Einvernehmen mit der Regierung zu einem brauchbaren Mittel für die Innenkolonisation, ihrer wirtschaftlichen und nationalen Ziele gehalten wird. (Lebhafter Beifall.)

Hg. Kries (kon.) beantragt Ueberweisung an eine Kommission von 23 Mitgliedern. Bei der starken Abnahme der Kleinbäuerlichen Betriebe im Osten ist eine durchgreifende Regelung nötig, und der Parteihader darf hierbei keine Rolle spielen. Die Staatskontrolle über die gewerbmäßige Güterverdrängung begrüßen wir. Sie soll aber auch von nationalen Gesichtspunkten aus unterlag werden können. (Unruhe links.) Die Grundstückspreise haben in einigen Teilen unseres Vaterlandes eine ungesunde Höhe erreicht. Das Gesetz kann einen Druck darauf ausüben. Das Rücktrittsrecht aber bricht mit dem Grundsatze von Treu und Glauben im Handel und Wandel und ist eine behrliche Bevormundung. Ueber unsere Bedenken dürfen die Ziele des Gesetzes zu einer Verständigung mit der Mehrheit zum Besten unseres Vaterlandes und unserer Innenkolonisation führen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 20. März.

Des Kaisers Dank.

Dem Herrn Oberbürgermeister ist auf ein an den Kaiser gerichtetes Glückwunschtelegramm zur Geburt eines Thronfolgers in Braunschweig folgende Drahtantwort zugegangen: „Berlin, Schloß, 19. 3. 14. Meinem besten Dank für die freundlichen Glückwünsche meiner Residenz Wiesbaden zu dem frohen Familienereignis in Braunschweig. Wilhelm R.“

Juristenpersonalien. Der Aktuar Reich ist zum Amtsgerichtssekretär beim hiesigen Amtsgericht ernannt worden. Der Aktuar Bireg in Frankfurt ist als Amtsgerichtssekretär an das Amtsgericht in Höchst versetzt worden. Der Amtsgerichtssekretär Gemmel in Höchst wurde nach Frankfurt versetzt. Der Amtsgerichtssekretär Tennhardt in Remscheid ist als Landgerichtssekretär nach Wiesbaden versetzt worden. Amtsgerichtssekretär Hartwig in Idstein ist an das Amtsgericht in Frankfurt versetzt worden. Aktuar Hartmann in Frankfurt ist zum Amtsgerichtssekretär in Wüdingen ernannt worden. Amtsgerichtssekretär Caspary in Wehen ist an das Amtsgericht in Idstein versetzt worden. Aktuar Bockwisch in Diez ist als Amtsgerichtssekretär nach Wehen versetzt worden.

Bekämpfung der Blinddarmentzündungen. Die Häufung von Blinddarmentzündungen in neuerer Zeit hat zu der Anregung geführt, daß zur Bekämpfung dieser Krankheit mehr als bisher seitens des Staates und der Wissenschaft geschehen möchte. Die Medizinischverwaltung vertritt, wie unser Berliner Mitarbeiter schreibt, den Standpunkt, daß die Blinddarmentzündung keine übertragbare Krankheit ist, wenigstens nicht insofern, als ein an Blinddarmentzündung Erkrankter die Krankheit nicht auf einen andern zu übertragen vermag. Allerdings wird die Krankheit durch Eitererzeuger erzeugt und insofern ist etwas Infektioses dabei vorhanden. Die Wissenschaft hat sich eingehend damit beschäftigt; es sind z. B. Erhebungen darüber angeestellt worden, ob bestimmte Dinge, z. B. emillierete Kochgeschäfte, Schuld daran wären, daß die Krankheit jetzt häufiger ist als früher. Die Annahme findet aber ihre Bestätigung, daß die Krankheit jetzt nur häufiger erscheint als früher, weil ihre Diagnose eine vollkommene geworden ist. Sie ist aber, und darauf muß besonders hingewiesen werden, auch ungefährlicher geworden, weil die Chirurgie sich in außerordentlicher Weise gehoben hat und der rechtzeitige Eingriff des Arztes zur sicheren Heilung führt.

Missionsfeier. Das Missionsfest der Missionsvereine I und II (für Basel), das im Ev. Vereinssaale stattfand, nahm einen erhebenden Verlauf. Aus den Berichten der Vorstände dieser Vereine ging hervor, daß auch im letzten Jahre mit viel Treue und Hingabe gearbeitet worden ist. Auch konnten namhafte Beiträge für das Missionsbüchereiheim in Basel zur Erziehung von indischen Mädchen, für die Frauenmission, ärztliche Mission und die Mission in Kamerun ausgekehrt werden. Im Mittelpunkt der Feier standen die beiden gehaltenen Ansprachen von Generalsuperintendent Ohl und Missionsinspektor Feld. Sie fanden die rechten Worte für den tiefen und ursächlichen Zusammenhang von Mission und Passion Jesu, sowohl in der Geschichte der Mission als auch im Leben des Einzelnen. „Durch Sterben geht's zum Leben.“ Zur Verschönerung des Festes trug der Vortrag von Chor- und Sologängern bei.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge usw.

Kammerkunst-Abende Mary Delvard — Marc Henry. Großes Interesse gibt sich für den Kammerkunst-Abend von Mary Delvard und Marc Henry kund, der heute, Freitag, im kleinen Saale des Kurhauses stattfindet. Man muß, so schreibt man uns, Marc Henry in seinen vor Luftstet überprüfenden Extempores gehört haben; muß gehört haben, mit welcher sprühender Laune er die französischen, oft von ihm selbst komponiertenlieder

interpretiert und mit welcher drolligem Humor er die deutschen Volkslieder vorträgt. In Mary Delvard hat er eine ebenbürtige Begleiterin, deren aparte Vortragskunst und deren Temperament etwas Bezwingendes hat.

Königliche Schauspiele. Am heutigen Freitag abend gelang Gerhart Hauptmanns jüngste dramatische Arbeit „Der Bogen des Odysseus“ zur Erstaufführung. Den „Odysseus“ spielt Herr Overth. In den übrigen Hauptrollen sind die Damen Bayrammer, Carlsson, Gaudy und die Herren Albert, Lehmann, Rehkopf, Rodius, Schneeweiß, Schwab, Jollin beschäftigt. Die Regie führt Herr Regal. — Am 3. April wird Schillers „Wilhelm Tell“ wieder in den Spielplan aufgenommen und danach beginnen die Vorbereitungen für das fünfaktige Schauspiel „Der einsame Weg“ von Arthur Schnitzler.

Aus den Vororten.

Schierstein.

Lehrerversammlung. Der Lehrerverein „Reinhold“ hielt am Samstag im „Kaiser Friedrich“ eine Versammlung ab, auf welcher u. a. Lehrer Petry-Dogheim einen interessanten Vortrag über „Kochwässer und seine Bedeutung“ hielt. Als Delegierte für die Hauptversammlung, die Ostern in Viehrich stattfindet, wurden gewählt die Herren Kaiser-Dogheim und Radu-Schierstein.

Dogheim.

Ueberschwemmungen. Durch die anhaltende nasse Bitterung mit schweren Regenfällen ist das Grundwasser so hoch gestiegen, daß es in den meist tief gelegenen Straßen in die Keller eingedrungen ist, dort Ueberschwemmungen und damit Schaden angerichtet hat.

Arbeitsnachweis. Auf der hiesigen Polizei liegt, um den Arbeitswilligen das Stellensuchen zu erleichtern, von heute an das Dienstags, Donnerstags und Samstags erscheinende Blatt: „Der deutsche Arbeitsmarkt“, Zentralarbeitsnachweisblatt für das Deutsche Reich, zur Einsicht offen. Außerdem ist auch im Rathaus, in den Wirtschaften und in der hiesigen Zeitungsredaktion das Verzeichnis der öffentlichen Arbeitsvermittlungstellen, Sitz Frankfurt, ausgehängt.

Sonnenberg.

Bei den Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung wurden gewählt in der 3. Abteilung Landwirt Karl Philipp Wagner mit 152 und Steinbröcher Karl Wintermeyer mit 153 Stimmen. Die Gegenkandidaten der Arbeiterpartei erhielten je 99 Stimmen. — In der zweiten und ersten Abteilung waren Gegenkandidaten überhaupt nicht aufgestellt. Es wurden gewählt: Hüttendirektor Adolf Schmidhennner und Landwirt Karl Christian Pfeiffer mit je 50 Stimmen, in der ersten Abteilung erhielten Oberstabsarzt Dr. Huesker und Rentner Franz Semmler je 12 Stimmen.

Pflichtfeuerwehr. Die Liste über die zur Pflichtfeuerwehr gehörigen männlichen Personen des hiesigen Gemeindebezirks liegt zur Zeit aus. Feuerwehrpflichtig sind diejenigen Personen, welche in den Jahren 1879 bis 1889 einschließlich geboren sind. Gesuche um Ablösung von der Feuerwehrpflicht sind schon jetzt einzureichen, damit Bestrafungen wegen Versäumnis der Uebungen vermieden werden.

Raffau und Nachbargebiete.

T. Bingen, 18. März. Der Bau an der Eisenbahnstrecke Sarnsheim-Niedersheim wird trotz der Unannehmlichkeiten der Bitterung eifrig gefördert. Von der Eisenbahnverwaltung wurde namentlich das nötige Gelände aufgekauft. Dabei wurden in Odenheim für den Quadratmeter Acker 1 Mark und für den Quadratmeter Weinbergs-gelände 150 Mark angelegt.

T. Bingerbrück, 18. März. Lebensmüde. Ein etwa 25-jähriger Bergwerksarbeiter hat sich in der letzten Nacht in Waldalgesheim in der Kanone der Braunkohlen-grube „Amalienhöhe“ erschossen. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Selbstmörder Franz Keller heißt und aus Frankfurt a. M. stammt.

Sport.

□ **Anteil, 19. März.** (Privattelegr.) Prix Revue. 3000 Fr. 3100 Meter. 1. A. Veil-Picards Raton II (Hawkins); 2. Continental; 3. Mont Moran. 12 liefen. Tot. 29:10; Pl. 15, 23, 25:10. — Prix de Madrid. 8000 Fr. 4500 Meter. 1. Ch. Vénard's Scoff II (Head); 2. Valeria. 3 liefen. Tot. 14:10. — Prix de la Porthfontaine. 10 000 Fr. 3600 Meter. 1. G. Lepetit's Lony Eved (Power); 2. Er Abrupto; 3. Manthorpe. 5 liefen. Tot. 36:10. Pl. 21, 30:10. — Prix Grandmaitre. 4000 Fr. 2800 Meter. 1. Comte Th. d'Orfetta's Serpenteau (Cancaister); 2. La Villaterre; 3. Hoche. 9 liefen. Tot. 81:10; Pl. 19, 20, 21:10. — Prix Ranville. 4000 Fr. 3500 Meter. 1. Names Deneff's Clopotar (Hawkins); 2. Epsilon; 3. Siva II. 6 liefen. Tot. 79:10; Pl. 29, 23:10. — Prix Angure. 4000 Fr. 3100 Meter. 1. L. V. Thorne's Pretendante (Verard); 2. Cendree de Chêne; 3. Montifron. 4 liefen. Tot. 18:10; Pl. 10, 12:10.

Letzte Drahtnachrichten.

Zum Statthalterwechsel von Elsaß-Lothringen.

Der Statthalter Graf Wedel ist nach Berlin gereist, wo er bis Sonntag verweilen und Unterredungen mit dem Reichsfanzler und sehr wahrscheinlich auch mit dem Kaiser haben wird. Die Frage der Nachfolgerschaft wird hierbei geregelt werden. In Straßburger politischen Kreisen nimmt man an, daß der Rücktritt des Statthalters und die Ernennung seines Nachfolgers bereits Ende der Woche erfolgen wird.

Die sächsische Regierung gegen weitere Reichsteuern.

Aus Dresden wird gemeldet: In der sächsischen Ersten Kammer gab Finanzminister v. Seodewitz eine Erklärung ab, in der er mit Bezug auf die Reichsvermögenssteuer sagte, die sächsische Regierung werde weiteren Eingriffen des Reiches in das Gebiet der direkten Steuern im Einvernehmen mit der Reichsregierung und den Bundesstaaten mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Skrofulöse und Abgemagerte

gebrauchen mit großem Erfolg als Frühstück- und Vespergetränk Rotulin — Roths Nährmalz-Kakao — 648 In Apotheken u. Drogerien d. Pfd. a. M. 1.80 zu haben. Jedes Paket enthält ärztliche Gutachten. Fabrikanten Roth u. Sohn. Weimarn.

Die Regierung zur Besserstellung der Postbeamten.

Aus Berlin wird gemeldet: In der Budgetkommission gab der Reichsschatzsekretär vor der Weiterberatung der Anträge und der Kommissionsbeschlüsse betreffs der höheren Postbeamten eine Erklärung ab, daß die Regierung es ablehnen müßte, wesentlichen materiellen Veränderungen des Entwurfs zuzustimmen. Das gelte von dem vorgeschlagenen Beschluß über die gehobenen Unterbeamten, aber in noch höherem Maße würde der Kommissionsantrag über die höheren Postbeamten unabsehbare Folgen nach sich ziehen. Im Interesse des Zustandekommens der Vorlage hat er, von so weitgehenden Anträgen abzusehen und sich mit den Verbesserungen zu begnügen, die durch die Stellenvermehrung im Etat vorgesehen seien. Der Staatssekretär des Reichspostamts schloß sich dem an.

Die Heeresbildung in Albanien.

Wie der Korrespondent des „N. Z.“ aus zuverlässiger Quelle in Durazzo erfahren haben will, wird die albanische Regierung nach drei Monaten beginnen, die Rekruten auszuheben. Man glaubt, daß die Aushebung auf keinerlei Schwierigkeiten bei der Bevölkerung stoßen wird; da die Albaner immer willig waren, im Heimatlande zu dienen, und dies um so mehr, als die Kommandosprache und alles andere albanisch ist. Es verlautet auch, daß die Regierung sofort mit dem Bau eines weitverzweigten Straßennetzes beginnen wird.

Kurze Nachrichten.

Carusitis in Newyork. Die Metropolitan Opera in Newyork hat, einem Drahtbericht zufolge, mit Enrico Caruso für die Spielzeit 1918 einen Kontrakt zum Abschluß gebracht, nach dem Caruso das höchste Gehalt erhält, das bisher einem Opernsänger gezahlt wurde. Caruso wird für die Dauer der Spielzeit an jedem Abend, an dem er auftritt, dreitausend Dollar erhalten. Die Direktion des Theaters hofft bei der Beliebtheit, die der Sänger in Newyork genießt, keine Schwierigkeiten zu haben, das Theater trotz der erhöhten Eintrittspreise zu füllen.

Telegraphische Kursberichte.

Berlin, 19. März. Die gelirte Newyorker Börse enttäuschte; man hatte eine allgemeine Besserung erwartet, an ihrer Stelle kamen aber Meldungen von dem Ausfall der Dividende bei der Colorado and Southern-Eisenbahn und der als Folge eingetretenen Abschwächung. Wenn trotzdem die Tendenz hier bei Eröffnung gut behauptet war und auch Kanada sich auf ihrem letzten Stande erhalten konnten, darf diese Widerstandskraft des Berliner Marktes als ein Beweis für die Geringfügigkeit der spekulativen Bezugsverpflichtungen gelten. Besonders fest lag der Montanmarkt. In Phönix vollzogen sich weitere Deckungen, die den Kurs bis auf 210 steigerten. Höher notierten auch Caro Degenscheidt, Armes-Friede und Rheinstahl. Auf den übrigen Gebieten ergaben sich anfangs nur unwesentliche Veränderungen. Bankaktien waren sehr still. Von Eisenbahnen behaupteten Schantung die gelirte Steigerung; Baltimore waren etwas schwächer. Elektrische Werte lagen weiter fest, doch ohne Geschäft. Mütter tendierten Schiffahrtsaktien auf die bisherige Ergebnislosigkeit der Poolverhandlungen. Im weiteren Verlauf wurde die Haltung auf matteres London zurückhaltend. Der Montanmarkt blieb ziemlich behauptet bei geringen Umläufen. — Daniaaktien schwach. Privatdiskont unverändert 3% bezw. 3 1/2 Prozent.

Berlin, 19. März, 3 Uhr nachm. Nachbörse. Kreditaktien — Handelsaktien 162 1/2. Deutsche Bank 259.25 Diskontokommandit 197.10 Dresdener Bank 158.25. Staatsbahn —. Canada 21 1/2. Bochumer 223.90 Laurahütte 154.60 Gelsenkirchen 193 1/2. Harbener 184.37

Frankfurt, 19. März. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 205 1/2. Staatsbahn 155 1/2. Lombarden 22. — Diskontokommandit —. Gelsenkirchen 193 1/2. Laurahütte —. Ungarn —. Italiener —. Türkenlohe —.

Paris.		Bl. Kurs.	Bl. Kurs.
3proz. Rente	88. —	86.72	
3proz. Italiener	96.70	96.90	
3proz. Russen konf. I u. II	90.50	90.90	
4proz. Spanier	90.30	90.50	
4proz. Türken (unif.)	86.30	84.35	
Türkische Lohe	196.50	197.50	
Metropolitain	533. —	527. —	
Banque Ottomane	636. —	639. —	
Rio Tinto	1747. —	1774. —	
Chartered	24. —	24. —	
Debers	460. —	460. —	
Galtrand	49. —	46. —	
Goldfelds	56. —	54. —	
Randmines	144. —	143. —	

Druck und Verlag: Wiesbadener Verlagsanstalt G. m. b. H. (Direktion: Seb. Niedner) in Wiesbaden. Schriftleitung: Bernhard Grothus. — Verantwortlich für politisch-wirtschaftlichen Teil: A. C. Eisenberger; für den übrigen redaktionellen Teil: Carl Diebel; für den Anzeigenteil: Paul Lauer. Sämtlich in Wiesbaden.

Erschlaffte Nerven werden aufgefrischt

durch den täglichen Genuß des ebenso leichtbekömmlichen wie nährstoffreichen, altbewährten

Kasseler Hafer-Kakao

Tausendfach ärztlich empfohlen. (Nur echt in blauen Kartons für 1 Mark, — niemals losse!)

Geschäftliche Mitteilungen.

Namedu-Sprudel. Die Hoffnungen, welche an die Verbreitung des durch einen Zufall vor wenigen Jahren auf der Rheininsel Namedu bei Andernach zutage getretenen mächtigen Heilers der Erde geknüpft wurden, haben sich in dieser kurzen Zeit voll erfüllt. Der Namedu-Sprudel erweist sich als einzig in seiner Art als ein neues und eigenartiges Heilmittel bei Gicht, Diabetes, Blasen-, Nieren-, Magen- und Darmkrankheiten (allen Stoffwechselkrankheiten). Derselbe hat auch als diätetisches Tafelgetränk von außerordentlichem Wohlgeschmack bereits einen Weltruf erlangt. Hierüber sei auf die Broschüre des Geh. Sanitätsrats Dr. Emil Pfeiffer in Wiesbaden verwiesen, der sich seit dem Bekanntwerden der neuen Mineralquelle unermüdet mit dem Wasser beschäftigt und sowohl physiologische Versuche mit demselben angestellt als auch therapeutische Ermittlungen über seine Wirkungen bei Krankheiten gesammelt hat. Generalvertrieb für Wiesbaden und Umgebung Karl Koch in Wiesbaden, Doksheimer Straße 100 (Telephon 2872).

Königliche Schauspiele.

Freitag, 20. März, abends 7 Uhr: 26. Vorstellung. Abonnement A. Zum ersten Male: Der Hagen des Obdrossen. Dramatische Dichtung in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.

Sonntag, 21. März, abends 7 Uhr: 5. Vorstellung. Abonnement A. Die Sisse. Schauspiel in 3 Aufzügen von Ludwig Thoma.

Freitag, 20. März, abends 7 Uhr: 5. Vorstellung. Abonnement A. Die Sisse. Schauspiel in 3 Aufzügen von Ludwig Thoma.

Sonntag, 21. März, abends 7 Uhr: 5. Vorstellung. Abonnement A. Die Sisse. Schauspiel in 3 Aufzügen von Ludwig Thoma.

Sonntag, 21. März, abends 7 Uhr: 5. Vorstellung. Abonnement A. Die Sisse. Schauspiel in 3 Aufzügen von Ludwig Thoma.

Kurtheater.

Freitag, 20. März, abends 8 Uhr: Schauspiel in 3 Akten von Carl Müller-Malberg. für seine Bühne bearbeitet und inszeniert von Peter Strauß.

Sonntag, 21. März, abends 8 Uhr: Schauspiel in 3 Akten von Carl Müller-Malberg.

Redegewandte Herren. benützen zum Schutz der Stimme Wybert-Tabletten. Vorrätig in allen Apotheken und Drogerien.

Barterre-Wohnung in der Nikolastraße zu vermieten. 2 große schöne Zimmer, Balkon, Küche, Kammer etc.

Spöhler'sche Höhere Handelsschule Calw.

Pensionat. (im würtbg. Schwarzwald-) a) Realabteilung - vermittelt den Zöglingen eine gediegene wissenschaftliche Bildung und führt sie mit hervorragendem Erfolg zum Examen für den einjährigen Militärdienst.

Kurhaus Wiesbaden.

Freitag, 20. März: Nachm. 4 Uhr: Abonnements-Konzert Leitung: Herr Herm. Irmer, Städt. Kurkapellmeister.

Abends 8 Uhr im kl. Saale: Moderne Kammerkunst, Lieder und Stimmungen. Marya Delvard und Marc Henry.

Freitag, 20. März, abends 8 Uhr: Schauspiel in 3 Akten von Carl Müller-Malberg. für seine Bühne bearbeitet und inszeniert von Peter Strauß.

Institut Schrank

(vorm. Institut Ridder) Frauenarbeits-, Fortbildungs- u. Haushaltungsschule Pensionat und Erziehungsanstalt für junge Mädchen Wiesbaden, Adelheidstrasse 25.

Vermietung von elegantem, offenem oder geschlossenem Luxus-Auto zu billigstem Preise. 570 W. Eichelsheim, Friedrichstrasse 10. Telefon 2362.

DEHAWA Die Kopfnerven werden nicht gereizt, sondern nur die Haarpapillen mild zu neuer Tätigkeit angeregt. Wöchentlich 2-3 mal sanft in die Kopfhaut einreiben, daher sehr sparsam im Verbrauch.

Fastring-Lanolin-Seife Der Haut zuträglichste, wohlfeilste Toilette-seife, 5 Stück 95 Pfennig. Angefertigt vom langjährigen Fabrikanten der Feilringseife: C. Naumann, Offenbach a. M.

Frau R. Stummer, Neugasse 10. 2. feine Laden, saßt die allerhöchsten Preise für gutere Herren-, Damen- u. Kinderkleid. Schuhe, Zahnstifte, Postk. u. s. w.

Ankauf von alt. Eisen, Metall, Lampen, Gummi, Reutuchabfälle, Papier (u. Garantie des Eintr.) Glasfenster und -türen bei Wilhelm Kieres, Althandlung, 3443, Beilwitzstr. 30. - Teleph. 1834.

Gardinen-Storen werden auf neu gewaschen, anprepariert und gespannt. 504 Neuwaldstr. 7. Teleph. 4074

Ginj. Freiw. lacht zum 1. April 1914 möbl. Zimmer mit guter bürgerlicher Verpflegung in der Nähe der Kaserne des 3. Reg., Nr. 80 Geßl. Offizier mit Preisangabe erbeten unter N. D. 100 postl. Franzburg i. S. v. Pommern. 2132

Neder-Walluf. Engländerin gibt dort zweimal wöchentlich Unterricht - Conversation, Dora, Ref. Rth. H. W. C. postlagernd Wiesbaden. 41032

Für Knaben empfiehlt sich die Erziehungs- u. Vorbereitungs-Anstalt für alle Klassen höherer Schulen, Kadetten-Anstalten u. das einj.-freiwill. Examen von Dr. phil. Seibert, Pfr. u. Kgl. Kreisphysikus, Panrod (Zaunus, 300 Mtr. Höhe). Individ. Behandlung, stete Aufsicht, kleine Klassen, verkürzte Unterrichtsstunden. Auskunft u. erstklassige Referenzen des In- u. Auslandes durch den Inhaber und Leiter. 540

The Berlitz School of Languages Sprachschule für Erwachsene. Moderne Sprachlehre schnell und billig von ausländischen Lehrern. Mehrfach preisgekr. Lehrmethode. Prosp. grat. u. fr. Luisenstrasse 7.

Pension Villa Humboldt, Frankfurtstr. 22. Schöne Lage, Gart., Bäd., Elektr. Licht. Telef. 3172. Pri. J. Forst.

Zeichnung auf 4% mündelsichere Freiburger Stadt-Anleihe von 1914 Tilgbar ab 1. August 1919, verstärkte Tilgung und Gesamtkündigung bis zu diesem Termin ausgeschlossen. Zeichnungspreis: 94.90 % Zeichnungstag: 26. ds. Mts. Anmeldungen nehmen wir kostenfrei entgegen. Mitteldutsche Creditbank Friedrichstrasse 6. 637

Die Lieferung von 240 Ibd. Mtr. Zementröhren 30 Zmr. weit, von 98 Ibd. Mtr. Zementröhren 25 Zmr. weit soll öffentlich vergeben werden. Die erforderlichen Bedingungsunterlagen können bei dem Unterzeichneten gegen Einzahlung von 20 Vienna (auch in Briefmarken) bezogen werden.

Die Lieferung der für die Landespflegeanstalt Dabamar für 1914 erforderlichen Kleidungsstoffe für Kranke und Personal, Leibwäsche, Handtücher, Bettzeug usw. soll vergeben werden. Die Lieferungsbedingungen, die in den Anträgen ausdrücklich anerkannt sein müssen, sowie die Bedingungsunterlagen liegen im Büro der Anstalt zur Einsicht offen.

Am 6. April 1914, vormittags 10 1/2 Uhr, wird am Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 61, das Wohnhaus mit Hofraum hier, kleine Schwabacher Straße Nr. 8, 1 Ar 55 Quadratmeter und 51 000 M wert, mangelsweise versteigert. 3. 40 Wiesbaden, den 17. März 1914. Königl. Amtsgericht, Abteilung 9.

In unser Handelsregister A. Nr. 112 wurde heute bei der Firma: „E. Schellensberg'sche Buchdruckerei“ mit dem Sisse zu Wiesbaden eingetragen. Dem Dr. phil. Gustav Schellensberg zu Wiesbaden ist Procura erteilt. Wiesbaden, den 18. März 1914. Königl. Amtsgericht, Abteilung 8.

In unser Handelsregister B. Nr. 254 wurde heute bei der Firma: „Papierwarenfabrik Wiesbaden, Gesellschaft mit beschr. Haftung“ mit dem Sisse zu Wiesbaden eingetragen. Die Procura des Kaufmanns Heinrich Fischer zu Wiesbaden ist erloschen. Wiesbaden, den 16. März 1914. Königl. Amtsgericht, Abteilung 8.

In unser Handelsregister A. Nr. 1815 wurde heute unter der Firma: „Bemina Wolf u. Co.“ eine offene Handelsgesellschaft, welche am 20. Februar 1914 beantragt hat, mit dem Sisse zu Wiesbaden eingetragen. Persönlich haftende Gesellschafter sind Richard Helmreich, Kaufmann zu Berlin und Traulien Wera Wolf zu Frankfurt a. M. Wiesbaden, den 16. März 1914. Königl. Amtsgericht, Abteilung 8.

In unser Handelsregister A. Nr. 1814 wurde heute bei der Firma: „Gamba, Drogerie, Versandt Kemmersbach“ mit dem Sisse zu Wiesbaden und als deren alleiniger Inhaber Kwotheler Bernhard Kemmersbach in Wiesbaden eingetragen. Wiesbaden, den 10. März 1914. Königl. Amtsgericht, Abteilung 8.

Rekanntmachung. Auf Grund des § 9 der Polizei-Verordnung vom 10. März 1875 werden den Dienstmännern die in nachstehender Uebersicht aufgeführten Standplätze angewiesen: Uebersicht über die Belegung der Dienstmanns-Standplätze.

Israelitische Kultus-gemeinde. Synagoge: Michaelsberg. Gottesdienst i. d. Hauptsynagoge: Freitag, abends 6.30 Uhr Sabbath, morgens 9.00 Uhr